

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeilzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 280.

Wittwoch, den 1. Dezember 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Marine-Vorlage.

Die von der Regierung beliebte Begründung der Erzippläne lautet:

Bei der Ausarbeitung des Entwurfs sind folgende Erwägungen maßgebend gewesen:
Das bisherige Verfahren, diejenigen ausländischen Stationen, auf denen Deutschland größere Interessen hat, mit kleinen Kreuzern zu besetzen, und daneben einige Schiffe mit größerer Gefechtsstärke in Dienst zu behalten, hat sich bewährt. Erforderlich sind zur Wahrung der heutigen Seeinteressen des Reiches im Auslande: drei große Kreuzer (2 in Ostasien, einer für Mittel- und Südamerika), 10 kleine Kreuzer (8 in Ostasien, 2 in Mittel- und Südamerika), 2 in Westafrika, 2 in der Südpol, 4 Kanonenboote (2 in Ostasien, 2 in Westafrika) und ein Stationschiff in Konstantinopel. Im laufenden Jahre standen für diese Zwecke nur 2 große und 8 kleine Kreuzer sowie 2 Kanonenboote und 1 Stationschiff zur Verfügung und auch diese nur dadurch, daß der einheimischen Schiffsflotte die drei besten der vorhandenen Ausklärungschiffe entzogen wurden. Um den Auslandsdienst in dem nöthigen Umfange zu versehen, ist in der Heimath eine Materialreserve notwendig zum Ersatz für reparaturbedürftige Schiffe. Dazu sind 3 große und 3 kleine Kreuzer erforderlich.

Was den Schutz der vaterländischen Küste und die Verhinderung einer Blockade betrifft, so unterliegt schon der Flottenbildungsplan von 1873 für diesen Zweck eine lokale und eine bewegliche Vertheidigung. Die Mittel zu der lokalen Küstervertheidigung sind in ausreichendem Maße in den Küstenpanzerschiffen und Panzerkanonenbooten vorhanden; dagegen ist heute die Zahl der kriegsbrauchbaren Linienchiffe von 14, welche bereits 1873 für erforderlich gehalten wurden, auf 7 gesunken. Zwei der vorhandenen Linienchiffe bedürfen einer 1 1/2 Jahre beanspruchenden Reparatur, drei weitere sind in Bau begriffen. Wenn nun vor fast einem Vierteljahrhundert 14 Linienchiffe als das Mindestmaß erachtet wurden, so ist jetzt, wo sämtliche Nachbarschiffe ihre Flotten wesentlich verstärkt haben und die Seeinteressen des Reiches so erheblich gestiegen sind, eine Vermehrung der verwendungsbereiten Linienchiffe auf 17 wohl keine übertriebene Forderung.

Zu der Zahl 17 fährt aber auch die weitere Erwägung, daß die eigene Gefechtsformation, wenn sie auch im Kampfe mit einer überlegenen Flotte eine Möglichkeit des Erfolges haben soll, so viele Schiffe haben muß, als in einer Formation einheitlich geleitet und zur vollen Ausnutzung gebracht werden können. Das sind nach eingehender Erprobung der Jagtleute 17 Schiffe: Eine Flotte aus zwei Schwadern mit je 8 Schiffen und ein besonderes Flaggschiff für den kommandirenden Admiral. Liegt in dieser taktischen Nothwendigkeit die Unmöglichkeit einer Verminderung der Schiffszahl, so enthält sie doch auch ein Hemmnis gegen eine beliebige Vermehrung; denn eine solche Formation ist ein in sich geschlossenes Ganze. Zur Führung der 16 Schiffe bedarf der kommandirende Admiral ein Flaggschiff, das dem Gefecht nicht fernbleiben kann, also ebenfalls ein Linienchiff sein muß. Damit aber jederzeit 17 Schiffe im Mobilmachungszustand verwendungsbereit zur Verfügung stehen, sind zwei Linienchiffe als Reserve notwendig. Der Mehrbedarf an Linienchiffen gegen die frühere planmäßige Zahl 14 bezieht sich also auf 5. Eine Schiffsflotte besteht aber nicht nur aus Linienchiffen, sondern sie bedarf auch noch einer größeren Zahl von Kreuzern als Ausklärungs- und Vorpostenschiffe. Während in England auf jedes Panzerschiff der Schlachtflotte 2, in Frankreich 1 bis 2 Kreuzer kommen, begnügt sich unsere Marineverwaltung für die rangirte Schlachtflotte von 17 Linienchiffen und die Küsten-Panzerchiffdivision mit 6 großen und 16 kleinen Kreuzern.

Soll die Festlegung des Sollbestandes der Flotte überhaupt einen Sinn haben, so muß auch, wie schon oben bemerkt, gefehlt sein, bis zu welchem Termin dieses Ziel erreicht werden soll. Es muß eine Sicherheit geschaffen werden, daß diese Flotte auch halbmöglichst gebaut wird. Es muß verhindert werden, daß wir aus Neuen Dingen erleben, wie die, daß die im Jahre 1873 im Flottenbildungsplan geforderten 14 Linienchiffe erst 1894 vollständig vorhanden waren und daß in Folge des Mangels an rechtzeitigem Ersatzbauten trotzdem heute nur 7 kriegsbrauchbare Linienchiffe zur Verfügung stehen.

Was die Vermehrung des Personals betrifft, so besteht kein Zweifel, daß die Erhöhung der Zahl von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, ebenso wie deren Ausbildung ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen sind. Bei einer jährlichen Einstellung von 120 Kadetten und einer Erhöhung des Schiffsjungen-Etats von 600 auf 1000 Köpfe wird die Arzenei-Vermehrung in 7 Jahren erreicht werden.

Es bleibt die Finanzfrage zu betrachten. Hier ist vor Allem festzustellen, daß nach Ansicht der verbündeten Regierungen das Flottengesetz ausgeführt werden kann, ohne daß neue Steuern oder eine einmalige große Anleihe erforderlich sind. Es wird vielmehr bestimmt angenommen, daß die Deckung der nöthigen Mittel auf dem bisherigen budgetmäßigen Wege vollzogen werden kann. In jedem Jahre müssen die nöthigen Mittel auf den Etat gebracht und der Beschlußfassung der gesetzgebenden Faktoren unterbreitet werden. Die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages bleiben somit völlig unberührt. Genau in derselben Weise und in demselben Umfange wie der Reichstag, binden sich die Regierungen durch das Flottengesetz. Reineswegs handelt es sich dabei um eine Einrichtung im Sinne des Armee-Etats, durch welche die Mannschafstärke des Heeres für 7 Jahre festgelegt wird, sondern lediglich darum, daß die gesetzgebenden Faktoren darüber Beschluß fassen, wie groß die Marine sein soll und in welcher Zeit sie beschafft werden kann, damit die dazu erforderlichen Mittel alljährlich verfassungsmäßig veranschlagt und auf den Etat gebracht werden können.

Daß in einer Periode des notwendigen Metablisements der Marine erhöhte Aufwendungen unvermeidlich sind, ist selbstverständlich.

Sie stehen dem Wesen nach aber auf gleichem Boden wie andere einmalige Forderungen, zum Beispiel für Neuanfassungen von Artillerie und den Bau des Nordostkanals, nur daß sie nicht im Ganzen, sondern in der Verteilung auf eine Reihe von Jahren verlagert werden.

Die Einzelheiten des Gesamtvoranschlags für das Metablisement der Flotte sind nun folgende: Die Kosten für sämtliche Neubauten, einschließlich der Artillerie und Torpedoarmitung, werden auf 162,2 Millionen Mark angegeben. Dazu kommen die während dieser Zeit notwendig werdenden Ersatzbauten mit 211 Millionen Mark, die ebenso aufgewendet werden müßten, wenn unsere Marine nicht noch unter den jetzigen Stand sinken soll. Die Mehrkosten der zur Zeit im Bau befindlichen Schiffe belaufen sich auf 63,6 Millionen Mark. 3 Kanonenboote werden auf 4,8 Millionen Mark und 7 Torpedoboote-Divisionen auf 41,8 Millionen Mark veranschlagt. Dazu kommen die Mehrkosten der Instandhaltung und der Personalvermehrung. Insgesamt sind bisher die fortlaufenden Ausgaben in den letzten 7 Jahren jährlich um etwa 3 Millionen Mark gestiegen. Für die kommenden 7 Jahre ist eine durchschnittliche Jahressteigerung um vier Millionen Mark anzunehmen, also um eine Million jährlich mehr als bisher. Für sonstige einmalige Ausgaben (Safenanlagen, Werftenbeschäftigungen, Kasernen etc.) sind jährlich 26 pCt. mehr veranschlagt als durchschnittlich in den letzten 7 Jahren aufgewendet worden sind. Dadurch kommt man auf rund 9 Millionen pro Jahr. Was aber die Ausgaben für Schiffsbauten betrifft, so ist zu beachten, daß nach Erreichung des Sollbestandes die Forderungen für Schiffsbauten erheblich sinken werden, da nach Ablauf von 7 Jahren die Neubauten zur Vermehrung der Flotte fortfallen und nur noch Ersatzbauten zur Erhaltung des Sollbestandes erforderlich sind.

Die zeitliche Begrenzung des Mehraufwandes, die nöthig ist, um das Metablisement der Flotte durchzuführen, ergibt sich eben aus der geführten Festlegung des Marineplanes. Die nachstehende Tabelle gewährt einen Ueberblick über die vorläufige Höhe der Marineetat in den nächsten 7 Jahren:

Schiffsbauten einschließlich Artillerie und Torpedoarmitung.		Sonstige einmalige Ausgaben.	
	Mil.		Mil.
1897-98 bewilligt	49,1	1897-98 bewilligt	9
1898-99 gefordert	51,4	1898-99 gefordert	7,7
1899-1900 geschätzt	55,5	1899-1900 geschätzt	8,7
1900-01	64,6	1900-01	8,7
1901-02	64,3	1901-02	8,7
1902-03	62,4	1902-03	8,7
1903-04	58,5	1903-04	8,7
1904-05	53,6	1904-05	8,7
Fortdauernde Ausgaben		Marine-Etat	
	Mil.		Mil.
1897-98 bewilligt	59,4	1897-98 bewilligt	117,5
1898-99 gefordert	62,6	1898-99 gefordert	121,7
1899-1900 gesch.	67,4	1899-1900 gesch.	131,6
1900-01	71,4	1900-01	144,7
1901-02	75,4	1901-02	148,4
1902-03	79,4	1902-03	150,5
1903-04	83,4	1903-04	150,6
1904-05	87,4	1904-05	149,7

Unter voller Wahrung der Rechte des Reichstags und ohne neue Steuerquellen in Anspruch zu nehmen, verfolgen die verbündeten Regierungen nicht einen unerlösten Flottenplan, sondern einzig und allein das Ziel, in gemeinsamer Frist eine vaterländische Kriegsmarine von so begrenzter Stärke und Leistungsfähigkeit zu schaffen, daß sie zur wirksamen Vertretung der Seeinteressen des Reiches genügt.

Von Preßstimmen zitiren wir zunächst die „Frankf. Ztg.“. Es heißt dort:

Zur allgemeinsten Ueberraschung hat sich die Regierung doch noch entschlossen, wenigstens eine der beiden Hauptvorlagen der kommenden Reichstagsession noch vor Beginn des Reichstags zu veröffentlichen, zwar nicht, wie es zuerst hieß, die Militärstrafprozessreform, dafür aber die mit nicht minder Spannung erwartete Marinevorlage. Die Ueberraschung ist eine angenehme, was die Thatsache der Veröffentlichung angeht. Ihren Inhalt dagegen wird das deutsche Volk schwerlich zu den angenehmen Ueberraschungen zählen; denn das, was im Reichsanzeiger veröffentlicht worden ist — es ist nicht die eigentliche Gesetzesvorlage selbst, sondern die ihren Inhalt wiedergebende Erläuterung — bestätigt die weitestgehenden Mittheilungen über die Höhe der Flottenforderungen und bestätigt ebenso, daß in der That dem Reichstag zugemuthet wird, die Gesamthöhe dieser Forderungen gleich für 7 Jahre im Voraus zu bewilligen, ebenso auch die Gesamtzahl der in dieser Zeit zu bauenden Schiffe von vornherein festzusetzen.

Wie gewaltig die geplante Erigerung der Marineausgaben ist, ergibt die am Schluß der Erläuterung gemachte Aufstellung der Entwicklung des Marineetats von 1897/98 bis 1904/1905. Während im laufenden Jahre die Marineausgaben auf 117,5 Mill. veranschlagt sind, sollen sie in den nächsten sieben Jahren sich bis auf 150 Millionen Mark erhöhen. An Schiffsbauten sollen in dieser Frist, wie es gemeldet war, in der That

410,3 Millionen Mark aufgewandt werden, also rund 60 Millionen pro Jahr, während die ohnehin schon sehr hohe Aufwendung im laufenden Etatsjahr doch nur erst 49 Millionen Mark betrug, und gleichzeitig werden auch die fortdauernden Ausgaben eine ständige erhebliche Steigerung erfahren: sie würden von jetzt 59,4 Millionen auf 87,4 Millionen Mark im Jahre 1904/1905 sich erhöhen. Von den veranschlagten Aufwendungen für Schiffsbauten sind 162,2 Millionen Mark bestimmt für wirkliche Neubauten zur Vermehrung der Flottenstärke, während für 211 Millionen Mark in dieser Zeit Ersatzbauten für veraltete Schiffe vorgenommen werden sollen. Zu diesen beiden Hauptsummen kommen dann noch 63,6 Millionen Mark für die im Bau begriffenen Schiffe, 4,8 Millionen für Kanonenboote und 41,8 Millionen für 7 Torpedoboote-Divisionen. Diese Bauausgaben ergeben zusammen gerechnet sogar 482,8 Millionen Mark für die siebenjährige Frist, also 72 Millionen mehr, als die Etatszusammenstellung in der Vorlage beträgt. Das ist ein Widerspruch in den Ziffern, der besorgen läßt, daß die Schätzungen für die nächsten Etatsjahre noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, so daß also noch auf weitaus größere Ausgaben zu rechnen wäre.

Aber selbst wenn man von diesem Ziffernwiderspruch absteht, so ist auch die Summe von 410 Millionen Mark allein für Schiffsbauten in so kurzer Frist eine ganz enorme. Als zu Anfang des vorigen Jahres die Flottenagitatoren 500 Millionen Mark für die Marinevermehrung forderten, da entstand eine allgemeine Erregung und die Regierung beilegte sich, solche „uferlosen“ Pläne“ zu beschwören. Jetzt aber wird von der Regierung, wenn man das Jahr 1897/98 mitrechnet, ungefähr die gleiche Summe gefordert, nur daß man die Summe nicht mit einem Mal durch Anleihe aufbringen, sondern den Weg der jährlichen Etatsentlastung wählen will. Zweifellos ist dieser Weg der korrektere; aber den Anleihen entgeht man damit doch nicht, da die ordentlichen Einnahmen zweifellos nicht zureichen werden, um so außerordentliche Mehrkosten für die Marine zu decken. Schon der laufende Etat hat die Schuldenlast wieder erheblich vermehrt; in den kommenden Jahren werden, wie wir fürchten, die Reichsschulden eine recht unerwünschte weitere Vermehrung erfahren.

Was die geplante Flottenverstärkung im Einzelnen angeht, so soll außer den Kanonenbooten, Torpedofahrzeugen u. s. w. die verwendungsbereite Flotte auf 17 Linienchiffe, 8 Küstenpanzerschiffe, 19 große Kreuzer und 26 kleine Kreuzer gebracht werden; außerdem ist noch eine Materialreserve von 2 Linienchiffen, 3 großen und 4 kleinen Kreuzern vorgesehen. Darauf werden von vorhandenen und im Bau begriffenen Schiffen in Anrechnung gebracht 12 Linienchiffe, 8 Küstenpanzerschiffe, 10 große und 23 kleine Kreuzer. Danach würden, wenn auch die Materialreserve aus 9 Schiffen bestehen soll, neu hinzukommen 7 Linienchiffe, 12 große und 3 kleine Kreuzer. Da die Erläuterung nur von einem Mehr von 5 Linienchiffen und 9 Kreuzern spricht, so scheint für die Reserveschiffe doch noch auf ältere Schiffe zurückgegriffen werden zu sollen. Jedenfalls erheischt dieser Punkt noch Aufklärung. Aufzuklären wird auch sein, weshalb der vorhandene Schiffsbestand so viel geringer angenommen wird, als er thatsächlich ist. Da im vorigen Jahre noch 13 Linienchiffe in der Rangliste aufgezählt wurden, von denen nur 3 der Kreuzerklasse zugetheilt sind, so zählen wir einschließlich der in Bau gegebenen Panzer einen Bestand von 13 Linienchiffen. Von den großen Kreuzern scheinen ohne Weiteres die erwähnten drei früheren Panzerschiffe in Abzug gebracht zu sein, obgleich für sie noch eine Verwendung von 4 bis 5 Jahren in Aussicht genommen war. Auf solche Weise freilich erscheint der Marinebestand kleiner, als er wirklich ist, und das Vermehrungsbedürfnis wird künstlich vergrößert. Wenn man aber auch ganz hiervon abstieht, so muß man fragen, auf Grund welcher neuen Erfahrungen denn jetzt eine so viel größere Schlachtflotte gefordert wird, nachdem im vorigen Jahre noch ausdrücklich versichert worden war, daß für Panzerschiffe nur an Ersatzbauten, nicht an eine Vermehrung der Schiffe gedacht sei? Seit damals hat sich nichts in der allgemeinen Lage geändert; um so mehr muß der Wechsel der Dinge befremden.

Noch weit mehr aber als die Höhe der Forderungen giebt das Verlangen nach einem Septennat zu den schwersten Bedenken Anlaß. Die Regierung hat sich bemüht, die verfassungsmäßigen Bedenken gegen die beabsichtigte Einschränkung des Budgetrechts dadurch zu ent-

sich hier das Gerücht von einer furchtbaren Tragödie, die sich in dem nahen Dackenheim ereignet hat. Die etwa 20jährige Tochter des Dekanons Genslich und der im Hause bedienstete Knecht Kopp begingen anscheinend Selbstmord. Das Mädchen lag nach der „W. B.“ erschossen in der Wanne des Knechtes, während dieser sich nebenan erhängt hatte.

Den offiziellen Werktags-Frühschoppen haben die Straßburger Korps abgeschafft, weil der Kollegen-Besuch darunter leide! Wenn auch lediglich das „Offizielle“ und nicht der Frühschoppen selber verschwindet, so ist's doch immerhin löblich; noch löblicher wär's freilich, wenn die Korps sich ein Mal daran machten, die Menge viel größerer und schwererer Unfugs wegzuwischen, den sie betreiben. Die „Straßb. Post“ schlägt folgenden Wirbel: „Dieses Vorgehen des S. C. wird nicht nur in der Studentenchaft, sondern in den weitesten Kreisen der Bevölkerung den Korpsstudenten diejenige Achtung erneuern und bestärken, die sie in der That verdienen.“ Man glaubt eine Stelle aus den verklärten Sago-Vorreden des unfehlbaren Komikers Gregor Samarow zu lesen! „Die weitesten Kreise der Bevölkerung“ — im Reichslande! — gespannt auf die Vierbeschlüsse des S. C. hartend, und dann, nachdem die schwere Entscheidung erfolgt ist, hochgeschwemmt von erneuter Achtung und Befriedigung — das ist ein Bildchen von so überwältigender Komik, daß selbst der hochhastige Satiriker in den Sago-Saxonen dadurch in den Schatten gestellt wird. — Bisher hat es den Korpsstudenten noch nichts geschadet, daß sie an der Universität nichts gelernt haben. Der Fleiß des Einpankers und die Zugehörigkeit zu einem Korps an sich ist ihnen zumeist Empfehlung genug. Daß der Beschluß der Straßburger ernstliche Beachtung fände, ist natürlich ausgeschlossen.

Mit der Großartigkeit eines Naturereignisses hat am 12. d. M. an der Meeresküste von Odeffa ein kolossales Erdbeben stattgefunden, durch den vier große Villen (Datschen) zerstört wurden. Auf dem Wege zur kleinen Fontäne ziehen sich am Meeresufer entlang eine Anzahl hübscher nur für eine Familie bestimmter Villen mit Terrassen und Gartenanlagen hin. Zwischen 3 und 4 Uhr Nachmittags vernahm man plötzlich ein betäubendes Krachen; es bildeten sich Risse in der Erde, deren Zahl und Umfang rasch zunahm. Einige dieser Risse erreichten eine Breite von 4—5 Metern. Nun begannen die Einstürze, wobei bemerkt wurde, daß die ganze Fläche auf einmal sozusagen in einzelne Theile zerfiel. Ungeheure Erdstücke lösten sich los und wälzten sich in's Meer. Zugleich begannen auch überall die Wände der Gebäude einzusinken. Mit jeder Minute wurden die Erdabstürzungen häufiger und stärker und die Gefahr drohender. Alle räumten ihre Wohnungen. Gegen Abend bot das Bild der Zerstörung einen niederdrückenden Anblick. Man konnte nicht einige Schritte machen, ohne für sein Leben fürchten zu müssen. Bei jedem Schritt gab die Erde nach und kollerte hinunter, Alles mit sich fortziehend. Der ganze Platz stellte eine an verschiedenen Stellen gleichsam zerrissene, von Schlingen unterwühlte Fläche dar. Die angeführten Villen sind ganz zerstört, doch ist glücklicherweise kein Verlust von Menschen zu verzeichnen. Nach fachmännischer Untersuchung haben die auf dem unsicheren Vorland stehenden Villen dadurch sehr gelitten, daß oberhalb derselben ein etwa 20 Meter breiter Erdstreifen längs des Steilabfalls senkrecht in die Tiefe gerutscht ist. Der ungeheure Druck dieser über 20 Meter hohen Erdmassen auf das unten liegende Terrain, welches ja nichts Anderes ist, als in früheren Zeiten abgestürztes Küstenland, hat dasselbe nach allen Seiten gerissen und

die Gebäude zum Einsturz gebracht. Im Meer hat sich ein ganzer Streifen Land erhoben, welcher jetzt langgestreckte Inseln und Halbinseln von etwa zwei Meter Höhe längs der Küste bildet. Eine Stützmauer ist unter den Händen der Maurer in die Tiefe gesunken. Diese Katastrophe scheint ihren Hauptgrund in der Arbeit von Menschenhänden zu haben. Von einer gegenwärtig im Bau begriffenen Champagnerfabrik wurde die Erde vom Ausheben der Keller abgefahren und den Steilabsturz hinuntergeworfen. Da nun das ganze Küstenvorland sich vollständig in einem labilen Gleichgewichtsstand befindet, so hat wahrscheinlich der Druck dieser Anstüttung genügt, um den weichen Untergrund zum Nachgeben zu bringen, damit den Abwurf der oberen steilen Lehnuwand bewirkt, durch deren Druck wieder die Hebung des Meeresbodens veranlaßt wurde. Vielleicht hat auch zur Störung des Gleichgewichts der Umstand beigetragen, daß in Folge der anhaltenden Nordwinde der Wellenschlag den Fuß der innersten Erdböschung gelockert hat. Jetzt scheint die Sache im Gleichgewicht und dürfte größere Nachstürze nicht mehr zu besorgen sein.

Ein „wildes Land“, dessen Berichte Redakteure eines Arbeiterblattes freisprechen! — Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ sollte einen Kadettsoffiziersstellvertreter beschuldigen, zwei Soldaten durch Laufschrift vollständig erschöpft zu haben. Der Verfasser der Notiz hatte sich absichtlich jedes Ausfalls auf den Militarismus enthalten und den betreffenden Kadetten geradezu als einen Schädling des Militarismus hingestellt. Dennoch wurde auf Verreiben der Militärbehörde von der Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur Radimsky und gegen den Verfasser der Notiz Anklage wegen einer „verheerenden und das Volksgemüth aufreizenden Rundgebung gegen die gesammte österreichische Armee“ erhoben. Das Wiener Geschworenengericht that der Militärbehörde aber nicht den Gefallen, sondern sprach beide Angeklagte frei.

Einssegnung französischer Jagdhunde. Eine merkwürdige Zeremonie hat in diesen Tagen in der Kirche von Celle des Bordes bei Rambouillet stattgefunden. Anlässlich der St. Hubertus-Jagd ließ die Herzogin von Uzes mit der ihr eigenen Vorliebe für alles Prunkende und Auffällige die feierliche Einssegnung der Meute vornehmen. Die Zeremonie begann mit einer Messe, welcher alle Jagdtheilnehmer beiwohnten. Auf der rechten Seite des Chors in der Kirche nahmen die Damen in ihren eleganten Jagdplümen Platz. Mitten unter ihnen befand sich die Herzogin von Uzes in ganz schwarzem Amazoneengewand. Um ihre Taille schlang sich ein goldener Gürtel, von dem der kostbare Firschfänger herabhängt. Die Herren, ebenfalls im vollständigen Jagdhabit, nahmen die linke Seite der Empore ein. Statt der Orgelklänge erklangen die Jagdhörner, zum Schluss wurde gesegnetes Brod umhergereicht und zwar, so unglücklich es auch klingt, von den Piquiers in ihrem traditionellen rothen Frack mit grünen Aufschlägen. Nach Beendigung der Messe begab man sich zu dem Jagd-Rendezvous, wo Diener mit der Meute warteten. All die eleganten Herren und Damen gruppierten sich nun mit äußerster Eile um den Geistlichen, der im vollen priesterlichen Ornat den unverständigen Hund den Segen gab. Die Jagd währte den ganzen Tag, doch trotz der „eingesegneten Meute“ hatte sie nicht den geringsten Erfolg. — Und da hat man immer noch die Stirn, die Sozialdemokraten als die Zerstörer der Religion zu bezeichnen!

Die Pest in Indien. Nach den neuesten amtlichen Berichten über die Ausdehnung der Bubonischen Pest in

Indien ist gegenwärtig etwa der vierte Theil des britisch-indischen Kolonialreiches, d. h. der ganze Regierungsbezirk Bombay, von der Seuche heimgesucht; doch treten auch bereits in Mittelindien und im Punjab an einzelnen Stellen Massenerkrankungen auf. Der eigentliche Seuchenherd ist noch immer die Stadt Poona, unter deren 100 000 Einwohnern am 15. November 650 Erkrankte angemeldet waren, während die durchschnittliche tägliche Todesziffer der Stadt im November 75 betrug. Weiter nach Süden hin ist die Stadt im Provinz Scholapore von der Seuche berührt ergriffen, daß vom 1. bis 15. November unter einer Gesamtbevölkerung von 500 000 Seelen 3000 Todesfälle durch die Pest gezählt wurden. Sodann ist das ganze südliche Marattagebiet mit dem Hauptort Hubbi von der Seuche befallen, und im Innern des Landes ist sie bereits in der Stadt Nasik mit großer Heftigkeit aufgetreten. In Bombay, der Hauptstadt des westlichen Indiens, hat die Sterblichkeit die Ziffer 318 auf 1000 erreicht, und erwiesen sich grade hier alle bisher getroffenen Abwehrmittel als wirkungslos. Am meisten aber beängstigt die bisher gemachte Erfahrung, daß die kältere Jahreszeit für die Ausbreitung der Pest günstiger ist, als die heißere Jahreszeit, weshalb man für die bevorstehenden Wintermonate eine weitere unabsehbare Ausdehnung des Uebels befürchtet. Im Punjab ist die Pest besonders in der heiligen Stadt Hardwar am Ganges aufgetreten, und zwar hat sie dort auch die in den benachbarten heiligen Wäldern hausenden Affen ergriffen, was die Bevölkerung in die größte Verwirrung versetzt hat.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. W. Dieck in Stuttgart sind von der Gesellschaft der Deutschen Sozialdemokraten von Franz Meering Heft 23 und 24 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kap. V. Lassalles Erben. 1. Die vorhandenen Gegensätze. 2. Der Kampf der Meinungen. 3. Die Entschiedenheit der Arbeiter. 4. Taktik und Organisation. Kap. VI. Die Revolution von Oden. 1. Der habsburgisch-hohenzollerische Konflikt. 2. Die Arbeiterklasse vor dem deutschen Kriege. 3. Die Arbeiterklasse nach dem deutschen Kriege.

Das komplette Werk wird circa 36 Bänden zu 20 Pfennig umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist. Alle Buchhandlungen und Kosporen nehmen Bestellungen entgegen.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag) ist soeben das 9. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die polnische Gräfin. — Fraktion über Parität? Von W. Liebknecht. — Öffentliche Kaufenspiele in Rußland. — Die staatliche Untersuchung der mit Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter verbundenen Industrie in Großbritannien. Von Helene Gimou. — Notizen: Elektrischer Motorentrieb in Berlin. Arbeitervertreter als Aufsichtsbearbeiter in belgischen Bergwerken. Entdeckung des Naxos des Selbstiebers. Von Dr. Stern-St. Andreasberg l. P. Veränderungen auf dem Monde. — Feuilleton: Der gelbe Domino. Roman von Marcel Prevost. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. G. W. Dieck Verlag) ist und soeben die Nr. 24 des 7. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Ein sozialpolitischer Schwabensprecher. — Zur Lage der Berliner Gemeindeforschereien. Von M. St. — Der Delegirtenkongress der Vereine „Frauenwohl“. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Frauenfragliches. Von Franzenslob. — Notizen: Ueber die gesundheitliche Folgen industrieller Frauenarbeit. — Soziale Geseßgebung. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1897 unter Nummer 2902) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

durch schmachtete er nun schon in einer Lage, die zum Wahnsinn führt, als ein Lebendiger in einer Todtengruft, dem Urtheilspruch entgegen.

Wenn sie daran dachte, und sie mußte ja immer wieder daran denken, dann bohrte sich's auch in ihr Gehirn wie Wahnsinn, und diese nutzlose, ungeheuerliche Grausamkeit, die man über einen armen Menschen verhängte, für dessen Schuld noch keine Beweise erbracht waren, und der in diesem Augenblick vielleicht, seinen Martern erliegend, mit dem Tode kämpfte, ließ sie oft aufschreien vor Wuth und Schmerz. Dann resignirte sie sich wieder, der Mensch gewöhnt sich ja an Alles; ja, sie konnte scherzen und lachen wie ehedem, aber ihre Brust war wund, und die dunklen Stunden, in denen sie in Haß und Sehnsucht heimliche Projekte nährte, kamen immer häufiger.

Wenn sie sterben sollte, ohne ihren Gatten wieder zu sehen, nutzlos dahin ginge, ohne etwas für die Sache gethan zu haben?

Es dünkte ihr schrecklich, aber nein, so schnell ging's nicht! Sie hatte ein, vielleicht zwei Jahre noch zu leben, eine lange Zeit, und bis dahin —

Sie erhob sich aus ihrer liegenden Stellung, und preßte ihre kleinen Hände über die pochenden Schläfen, als könnte sie damit ihre Unruhe und ihre Gedanken meistern.

Dann lächelte sie, und abgesehen, mit einer gewissen weichen Trägheit, ließ sie sich wieder in ihr Kissen zurücksinken.

Nach einer Weile öffnete sich die Thüre und Sofia Alexandrowna trat leise herein.

Wie eine Reuchte ging es von diesem hellen und vornehmen Gesichte aus.

Sie schritt gerade auf Tania zu und fuhr ihr mit der Hand leicht und lieblosend über die Stirne.

„Es ist wunderbar draußen — Du solltest ein wenig ins Freie.“

Tania schüttelte den Kopf.

„Ich bin zu träge und es ist gut hier; dann werden auch bald die Freunde kommen.“

„Ich wundere mich, daß sie nicht hier sind.“

Sofia trat zum Fenster und sah hinaus.

Von diesem hochgelegenen Punkt der Vorstadt Oberstraß streifte der Blick ungehindert über die sanft ansteigenden Matten und das junge Gehölz des Zürichberges.

„Ein herrlicher Nachmittag, kein Wölkchen am Himmel!“ Das klang so heiter, als wäre auch in ihrer Seele Alles hell und wolkenlos.

Sie blickte eine Zeit lang aufmerksam gegen die Universitätsstraße, als erwarte sie, Jemand von dort herauf kommen zu sehen, zuckte dann ein wenig mit den Achseln, als begriffe sie nicht, weshalb er so lange zögere und wendete sich wieder der Stube zu.

Es sah wieder einmal so recht unbedeutlich darin aus.

Tania bemerkte so etwas nicht, sie hatte wenig Sinn für das Aeußerliche und vernachlässigte es vollends, seitdem sie sich lebend fühlte.

Die Lampe mit dem Delfinchen, die Schuhbürste und Tania's runder Hut — ein Teller mit Zwetschenmus, das sie „Sähes“ nannte, eine gebrauchte Serviette, Stuart Mill und Spencer in abgerissenen Bänden lagen und standen auf dem Sophatische neben- und aufeinander.

Und darunter Tania's Stiefel, die sie beim Nachhausekommen von den Füßen gestreift und hingeworfen hatte, um ihre Pantoffeln anzuziehen.

Sofia beseitigte das Meiste, stellte den Teller mit dem Mus auf das Fensterbrett und ließ nur die Bücher zurück.

Tania sah ihr zu, mit zerstreuten Augen, dann fragte sie plötzlich:

„Ist Lazar nach Genf gefahren? Krapotkin erwartet ihn ja.“

Sofia erröthete wie ein junges Mädchen.

„Nein, er sollte es allerdings, ich weiß nicht, was ihn zurückhält.“

„Du weißt es nicht?“

Tania lächelte ein wenig, es sah recht schelmisch aus.

Sofia aber fuhr fort:

„Er hat einen Freund aus Deutschland hier, mit dem er gestern beisammen war.“

„Meinst Du Konrad Ebner?“

„Ja, er hält viel von ihm,“ sagte Sofia und sah sich um, als von außen das Gepolter rascher Schritte, die die hölzerne Treppe herauf kamen, vernehmbar wurde.

Tania setzte sich auf.

Mit der Hand strich sie die dicken zermüllten Haare zurück und knöpfte die Bänder ihres weiten Säckchens zu, welche sie vorher geöffnet hatte. Sie hatte Toilette gemacht.

Gleich darauf klopfte es an die Thür.

„Herein“, riefen beide Damen.

Zwei junge Männer traten herein, es waren Landsleute, Emigrirte, der eine Schriftsteller, Paul Fedorowitsch Ostrowski, der andere Mediziner, Gregor Swanowitsch Newolin. Sie wohnten zusammen und waren trotz ihrer äußerlichen und innerlichen Verschiedenheit die besten Freunde.

Sie tritten unaufhörlich miteinander, erzürnten sich und versöhnten sich wieder.

Beide waren klein, aber Ostrowski ebenso zart und fein gebaut, als der Andere plump und schwerfällig; ebenso aufgeweckt und satirisch als Newolin herb und naturalistisch im Ausdruck war, der mit seinem unschönen mürrisch drein sehenden Gesicht geradezu komisch wirkte.

Auch in ihren revolutionären Anschauungen gingen sie auseinander, Newolin gehörte den Narodnik an.

(Fortsetzung folgt.)

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 280.

Mittwoch, den 1. Dezember 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Marine-Vorlage.

Die von der Regierung beliebte Begründung der Tripppläne lautet:

Bei der Ausarbeitung des Entwurfs sind folgende Erwägungen maßgebend gewesen:
Das bisherige Verfahren, diejenigen ausländischen Stationen, auf denen Deutschland größere Interessen hat, mit kleinen Kreuzern zu besetzen, und daneben einige Schiffe mit größerer Gefechtsstärke in Dienst zu behalten, hat sich bewährt. Erforderlich sind zur Wahrung der heutigen Seeinteressen des Reiches im Auslande: drei große Kreuzer (2 in Ostasien, einer für Mittel- und Südamerika), 10 kleine Kreuzer (3 in Ostasien, 3 in Mittel- und Südamerika, 2 in Ostafrika, 2 in der Adria), 4 Kanonenboote (2 in Ostasien, 2 in Westafrika) und ein Stationschiff in Konstantinopel. Im laufenden Jahre standen für diese Zwecke nur 2 große und 8 kleine Kreuzer sowie 2 Kanonenboote und 1 Stationschiff zur Verfügung und auch diese nur dadurch, daß der einheimischen Schiffsflotte die drei besten der vorhandenen Auslastungsschiffe entzogen wurden. Um den Auslandsdienst in dem nöthigen Umfange zu versehen, ist in der Heimath eine Materialreserve notwendig zum Ersatz für reparaturbedürftige Schiffe. Dazu sind 3 große und 8 kleine Kreuzer erforderlich.

Was den Schutz der vaterländischen Küste und die Verhinderung einer Blockade betrifft, so unterliegt schon der Flottenentwicklungsplan von 1873 für diesen Zweck eine lokale und eine bewegliche Vertheidigung. Die Mittel zu der lokalen Küstervertheidigung sind in ausreichendem Maße in den Küstenpanzerschiffen und Panzerlanzenbooten vorhanden; dagegen ist heute die Zahl der kriegsbrauchbaren Linienfahrzeuge auf 14, welche bereits 1873 für erforderlich gehalten wurden, auf 7 gesunken. Zwei der vorhandenen Linienfahrzeuge bedürfen einer 1 1/2 Jahre beanspruchenden Reparatur, drei weitere sind in Bau begriffen. Wenn nun vor fast einem Vierteljahrhundert 14 Linienfahrzeuge als das Mindestmaß erachtet wurden, so ist jetzt, wo sämtliche Nachbarmächte ihre Kriegsflootten wesentlich vergrößert haben und die Seemacht des Reiches so erheblich gestiegen ist, eine Vermehrung der verwendungsbereiten Linienfahrzeuge auf 17 wohl keine übertriebene Forderung.

Zu der Zahl 17 führt aber auch die weitere Erwägung, daß die eigene Gefechtsformation, wenn sie auch im Kampfe mit einer überlegenen Flotte eine Möglichkeit des Erfolges haben soll, so viele Schiffe haben muß, als in einer Formation einheitlich geleitet und zur vollen Ausnutzung gebracht werden können. Das sind nach eingehender Erprobung der Fochleute 17 Schiffe: Eine Flotte aus zwei Geschwadern mit je 8 Schiffen und ein besonderes Flaggschiff für den kommandirenden Admiral. Liegt in dieser taktischen Nothwendigkeit die Unmöglichkeit einer Verminderung der Schiffszahl, so enthält sie doch auch ein Heimmittel gegen eine beliebige Vermehrung; denn eine solche Formation ist ein in sich geschlossenes Ganze. Zur Führung der 16 Schiffe bedarf der kommandirende Admiral ein Flaggschiff, das dem Gefecht nicht fernbleiben kann, also ebenfalls ein Linienfahrzeug sein muß. Damit aber jederzeit 17 Schiffe im Mobilmachungszustand verwendungsbereit zur Verfügung stehen, sind zwei Linienfahrzeuge als Reserve notwendig. Der Mehrbedarf an Linienfahrzeugen gegen die frühere planmäßige Zahl 14 bezieht sich also auf 5. Eine Schiffsflotte besteht aber nicht nur aus Linienfahrzeugen, sondern sie bedarf auch noch einer größeren Zahl von Kreuzern als Aufklärungs- und Vorpostenschiffe. Während in England auf jedes Panzerschiff der Schlachtflotte 2, in Frankreich 1 bis 2 Kreuzer kommen, begnügt sich unsere Marineverwaltung für die rangirte Schlachtflotte von 17 Linienfahrzeugen und die Küsten-Panzereschiffabtheilung mit 6 großen und 16 kleinen Kreuzern.

Soll die Festlegung des Sollbestandes der Flotte überhaupt einen Sinn haben, so muß auch, wie schon oben bemerkt, gefestigt werden, bis zu welchem Termin dieses Ziel erreicht werden soll. Es muß eine Sicherheit geschaffen werden, daß diese Flotte auch halbmöglichst gebaut wird. Es muß verhindert werden, daß wir aus Neue Dinge erleben, wie die, daß die im Jahr 1873 im Flottenentwicklungsplan geforderten 14 Linienfahrzeuge erst 1894 vollständig vorhanden waren und daß in Folge des Mangels an rechtzeitigem Ersatzbauten trotzdem heute nur 7 kriegsbrauchbare Linienfahrzeuge zur Verfügung stehen.

Was die Vermehrung des Personals betrifft, so besteht kein Zweifel, daß die Erhöhung der Zahl von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, ebenso wie deren Ausbildung ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen sind. Bei einer jährlichen Einstellung von 120 Kadetten und einer Erhöhung des Schiffsjungen-Etats von 600 auf 1000 Köpfe wird die Arsenalvermehrung in 7 Jahren erreicht werden.

Es bleibt die Finanzfrage zu betrachten. Hier ist vor Allem festzustellen, daß nach Ansicht der verhandelten Regierungen das Flottengesetz ausgeführt werden kann, ohne daß neue Steuern oder eine einmalige große Anleihe erforderlich sind. Es wird vielmehr bestimmt angenommen, daß die Deckung der nöthigen Mittel auf dem bisherigen budgetmäßigen Wege vollzogen werden kann. In jedem Jahre müssen die nöthigen Mittel auf den Etat gebracht und der Beschlußfassung der gesetzgebenden Faktoren unterbreitet werden. Die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages bleiben somit völlig unberührt. Wenn in derselben Weise und in demselben Umfange wie der Reichstag, binden sich die Regierungen durch das Flottengesetz. Keineswegs handelt es sich dabei um eine Einziehung im Sinne des Armeeseptenats, durch welche die Mannschafstärke des Heeres für 7 Jahre festgelegt wird, sondern lediglich darum, daß die gesetzgebenden Faktoren darüber Beschluß fassen, wie groß die Marine sein soll und in welcher Zeit sie beschafft werden kann, damit die dazu erforderlichen Mittel alljährlich verfassungsmäßig veranschlagt und auf den Etat gebracht werden können.

Daß in einer Periode des notwendigen Metablisements der Marine erhöhte Aufwendungen unvermeidlich sind, ist selbstverständlich.

Sie stehen dem Wesen nach aber auf gleichem Boden wie andere einmalige Forderungen, zum Beispiel für Neuanfassungen von Artillerie und den Bau des Nordostkanals, nur daß sie nicht im Ganzen, sondern in der Vertheilung auf eine Reihe von Jahren verlangt werden.

Die Einzelheiten des Gesamtvoranschlages für das Metablisement der Flotte sind nun folgende: Die Kosten für sämtliche Neubauten, einschließlich der Artillerie und Torpedoarmitung, werden auf 162,2 Millionen Mark angegeben. Dazu kommen die während dieser Zeit notwendig werdenden Ersatzbauten mit 211 Millionen Mark, die ebenso aufgewendet werden müßten, wenn unsere Marine nicht noch unter den jetzigen Stand sinken soll. Die Restraten der zur Zeit im Bau befindlichen Schiffe belaufen sich auf 63,5 Millionen Mark. 3 Kanonenboote werden auf 4,8 Millionen Mark und 7 Torpedoboots-Divisionen auf 41,3 Millionen Mark veranschlagt. Dazu kommen die Mehrkosten der Instandhaltung und der Personalvermehrung. Insgesamt sind bisher die fortlaufenden Ausgaben in den letzten 7 Jahren jährlich um etwa 3 Millionen Mark gestiegen. Für die kommenden 7 Jahre ist eine durchschnittliche Jahressteigerung um vier Millionen Mark anzunehmen, also um eine Million jährlich mehr als bisher. Für sonstige einmalige Ausgaben (Bausanlagen, Werftenbesetzungen, Kalorien etc.) sind jährlich 25 Pct. mehr veranschlagt als durchschnittlich in den letzten 7 Jahren aufgewendet worden sind. Dadurch kommt man auf rund 9 Millionen pro Jahr. Was aber die Ausgaben für Schiffsbauten betrifft, so ist zu beachten, daß nach Erreichung des Sollbestandes die Forderungen für Schiffsbauten erheblich sinken werden, da nach Ablauf von 7 Jahren die Neubauten zur Vermehrung der Flotte fortfallen und nur noch Ersatzbauten zur Erhaltung des Sollbestandes erforderlich sind.

Die zeitliche Begrenzung des Mehraufwandes, die nöthig ist, um das Metablisement der Flotte durchzuführen, ergibt sich eben aus der gefestigten Festlegung des Marineplanes. Die nachstehende Tabelle gewährt einen Ueberblick über die voraussichtliche Höhe der Marineetats in den nächsten 7 Jahren:

Schiffsbauten einschließlich Artillerie und Torpedoarmitung.	Mt.	Sonstige einmalige Ausgaben.	Mt.
1897-98 bewilligt	49,1	1897-98 bewilligt	9
1898-99 gefordert	51,4	1898-99 gefordert	7,7
1899-1900 geschätzt	55,5	1899-1900 geschätzt	8,7
1900-01	64,6	1900-01	8,7
1901-02	64,3	1901-02	8,7
1902-03	62,4	1902-03	8,7
1903-04	58,5	1903-04	8,7
1904-05	53,6	1904-05	8,7
Fortdauernde Ausgaben		Marine-Etat	
1897-98 bewilligt	59,4	1897-98 bewilligt	117,5
1898-99 gefordert	62,6	1898-99 gefordert	121,7
1899-1900 gesch.	67,4	1899-1900 gesch.	131,6
1900-01	71,4	1900-01	144,7
1901-02	75,4	1901-02	148,4
1902-03	79,4	1902-03	150,5
1903-04	83,4	1903-04	150,6
1904-05	87,4	1904-05	149,7

Unter voller Wahrung der Rechte des Reichstages und ohne neue Steuerquellen in Anspruch zu nehmen, verfolgen die verbündeten Regierungen nicht einen uferlosen Flottenplan, sondern einzig und allein das Ziel, in gemessener Frist eine vaterländische Kriegsmarine von so begrenzter Stärke und Leistungsfähigkeit zu schaffen, daß sie zur wirksamen Vertretung der Seemacht des Reiches genügt.

Von Pressstimmen zitiren wir zunächst die „Frankf. Ztg.“. Es heißt dort:

Zur allgemeinsten Ueberraschung hat sich die Regierung doch noch entschlossen, wenigstens eine der beiden Hauptvorlagen der kommenden Reichstagsession noch vor Beginn des Reichstages zu veröffentlichen, zwar nicht, wie es zuerst hieß, die Militärstrafprozessreform, dafür aber die mit nicht minderer Spannung erwartete Marinevorlage. Die Ueberraschung ist eine angenehme, was die Thatsache der Veröffentlichung angeht. Ihren Inhalt dagegen wird das deutsche Volk schwerlich zu den angenehmen Ueberraschungen zählen; denn das, was im Reichsanzeiger veröffentlicht worden ist — es ist nicht die eigentliche Gesetzesvorlage selbst, sondern die ihren Inhalt wiedergebende Erläuterung — bestätigt die weitestgehenden Mittheilungen über die Höhe der Flottenforderungen und bestätigt ebenso, daß in der That dem Reichstag zugemuthet wird, die Gesamthöhe dieser Forderungen gleich für 7 Jahre im Voraus zu bewilligen, ebenso auch die Gesamtzahl der in dieser Zeit zu bauenden Schiffe von vornherein festzusetzen.

Wie gewaltig die geplante Erigerung der Marineausgaben ist, ergibt die am Schluß der Erläuterung gemachte Aufstellung der Entwicklung des Marineetats von 1897/98 bis 1904/1905. Während im laufenden Jahre die Marineausgaben auf 117,5 Mill. veranschlagt sind, sollen sie in den nächsten sieben Jahren sich bis auf 150 Millionen Mark erhöhen. An Schiffsbauten sollen in dieser Frist, wie es gemeldet war, in der That

410,3 Millionen Mark aufgewandt werden, also rund 60 Millionen pro Jahr, während die ohnehin schon sehr hohe Aufwendung im laufenden Etatsjahr doch nur erst 49 Millionen Mark betrug, und gleichzeitig werden auch die fortdauernden Ausgaben eine ständige erhebliche Steigerung erfahren: sie würden von jetzt 59,4 Millionen auf 87,4 Millionen Mark im Jahre 1904/1905 sich erhöhen. Von den veranschlagten Aufwendungen für Schiffsbauten sind 162,2 Millionen Mark bestimmt für wirkliche Neubauten zur Vermehrung der Flottenstärke, während für 211 Millionen Mark in dieser Zeit Ersatzbauten für veraltete Schiffe vorgenommen werden sollen. Zu diesen beiden Hauptsummen kommen dann noch 53,5 Millionen Restraten für die im Bau begriffenen Schiffe, 4,8 Millionen für Kanonenboote und 41,3 Millionen für 7 Torpedobootsdivisionen. Diese Bauausgaben ergeben zusammen gerechnet sogar 482,8 Millionen Mark für die siebenjährige Frist, also 72 Millionen mehr, als die Etatszusammenstellung in der Vorlage beträgt. Das ist ein Widerspruch in den Biffen, der besorgen läßt, daß die Schätzungen für die nächsten Etatsjahre noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, so daß also noch auf weitaus größere Ausgaben zu rechnen wäre.

Aber selbst wenn man von diesem Biffenwiderspruch absteht, so ist auch die Summe von 410 Millionen Mark allein für Schiffsbauten in so kurzer Frist eine ganz enorme. Als zu Anfang des vorigen Jahres die Flottenagitatoren 500 Millionen Mark für die Marinevermehrung forderten, da entstand eine allgemeine Erregung und die Regierung beehrte sich, solche „uferlosen“ Pläne“ zu desavouiren. Jetzt aber wird von der Regierung, wenn man das Jahr 1897/98 mitrechnet, ungefähr die gleiche Summe gefordert, nur daß man die Summe nicht mit einem Mal durch Anleihe aufbringen, sondern den Weg der jährlichen Etateinstellung wählen will. Zweifellos ist dieser Weg der korrektere; aber den Anleihen entgeht man damit doch nicht, da die ordentlichen Einnahmen zweifellos nicht zureichen werden, um so außerordentliche Mehrkosten für die Marine zu decken. Schon der laufende Etat hat die Schuldenlast wieder erheblich vermehrt; in den kommenden Jahren werden, wie wir fürchten, die Reichsschulden eine recht unerwünschte weitere Vermehrung erfahren.

Was die geplante Flottenvermehrung im Einzelnen angeht, so soll außer den Kanonenbooten, Torpedofahrzeugen u. s. w. die verwendungsbereite Flotte auf 17 Linienfahrzeuge, 8 Küstenpanzerschiffe, 19 große Kreuzer und 26 kleine Kreuzer gebracht werden; außerdem ist noch eine Materialreserve von 2 Linienfahrzeugen, 3 großen und 4 kleinen Kreuzern vorgesehen. Darauf werden von vorhandenen und im Bau begriffenen Schiffen in Anrechnung gebracht 12 Linienfahrzeuge, 8 Küstenpanzerschiffe, 10 große und 23 kleine Kreuzer. Danach würden, wenn auch die Materialreserve aus 9 Schiffen bestehen soll, neu hinzukommen 7 Linienfahrzeuge, 12 große und 3 kleine Kreuzer. Da die Erläuterung nur von einem Mehr von 5 Linienfahrzeugen und 9 Kreuzern spricht, so scheint für die Reservefahrzeuge doch noch auf ältere Schiffe zurückgegriffen werden zu sollen. Jedenfalls erheischt dieser Punkt noch Aufklärung. Aufzuklären wird auch sein, weshalb der vorhandene Schiffsbestand so viel geringer angenommen wird, als er thatsächlich ist. Da im vorigen Jahre noch 13 Linienfahrzeuge in der Rangliste aufgezählt wurden, von denen nur 3 der Kreuzerklasse zugetheilt sind, so zählen wir einschließlich der im Bau gegebenen Panzer einen Bestand von 13 Linienfahrzeugen. Von den großen Kreuzern scheinen ohne Weiteres die erwähnten drei früheren Panzerschiffe in Abzug gebracht zu sein, obgleich für sie noch eine Verwendung von 4 bis 5 Jahren in Aussicht genommen war. Auf solche Weise freilich erscheint der Marinebestand kleiner, als er wirklich ist, und das Vermehrungsbedürfniß wird künstlich vergrößert. Wenn man aber auch ganz hiervon abstieht, so muß man fragen, auf Grund welcher neuen Erfahrungen denn jetzt eine so viel größere Schlachtflotte gefordert wird, nachdem im vorigen Jahre noch ausdrücklich versichert worden war, daß für Panzerschiffe nur an Ersatzbauten, nicht an einer Vermehrung der Schiffe gedacht sei? Seit damals hat sich nichts in der allgemeinen Lage geändert; um so mehr muß der Wechsel der Dinge befremden.

Noch weit mehr aber als die Höhe der Forderungen giebt das Verlangen nach einem Septenat zu den schwersten Bedenken Anlaß. Die Regierung hat sich bemüht, die verfassungsmäßigen Bedenken gegen die beabsichtigte Einschränkung des Budgetrechts dadurch zu ent-

kräften, daß die Ausgaben für jeden einzelnen Schiffsbau nach wie vor in den alljährlichen Etat eingestellt werden sollen. Dadurch und indem die Deckung ebenfalls auf budgetmäßigen Wege jährlich erfolgen soll, vermeint man die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags unberührt gelassen zu haben. Ganz geschickt ausgeklügelt! Aber nimmermehr ist in diesem Sinne je das Budgetrecht verstanden worden. Wie liegt denn die Sache? Der Reichstag soll nicht nur die ganze Stärke der Flotte bis 1904 festlegen, er soll auch die zu bauenden Schiffe im Voraus bestimmen und endlich die Frist festsetzen, binnen welcher der Bestand zu erreichen ist. Außerdem wird verlangt, daß die zeitige Einstellung der Ersatzbauten ebenfalls durch die Vorlage gleich auf 7 Jahre gesichert wird, und endlich wird sogar das Maß der Indiensthaltung im Frieden durch den Entwurf geordnet. Ja, was in aller Welt bleibt da noch vom wirklichen Staatsrecht übrig? Wenn die Gesamtschiffe feststehen, die Gesamtfrist für ihre Aufwendung ebenfalls fixiert ist, dann hat der nächste Reichstag in Wahrheit gar nichts weiter dreinzureden, wenn auch der Form halber noch über die Schiffsbauten bei jedem Etat extra abgestimmt wird, denn ob wirklich einmal eine Verschiebung von einem Jahr auf das andere stattfindet ist ganz gleichgültig, da das Tempo des Flottenbaues doch nicht beschränkt werden darf.

Dem jetzigen Reichstage wird also thatsächlich angefohlen, seinen Nachfolger einfach seines Budgetrechts zu berauben. Wir bezweifeln denn doch, daß er diesen Weg betreten wird, und wir glauben auch nicht, daß die Regierung klug operirt, wenn sie der Volksvertretung, noch dazu am Schluß der Legislaturperiode für den jetzigen Reichstag, eine solche Alternative stellt. Sie erschwert dadurch nur eine nüchterne Prüfung ihrer Forderungen und setzt sich nicht nur mit ihrer früheren Haltung im Widerspruch, sondern beraubt auch sich selbst der Möglichkeit, veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Sie sagt, daß sie sich ebenso binde wie der Reichstag. Ja, wenn nun große Konstruktionsänderungen eintreten, die den Schiffsbau vertheuern, wie will sie dann ihr Programm, auf das sie sich festgelegt hat, ausführen? Daß das aber nicht ausgeschlossen ist, hat die bisherige Erfahrung genugsam gezeigt, und deshalb hat auch Staatssekretär Hollmann sich ausdrücklich gegen eine Bindung auf einen formellen Plan erklärt. Das Interesse der Marine selbst also sollte der Regierung den Verzicht auf das Marineseptennat nahelegen. Im Rahmen der Etatsforderungen für ein Jahr dürfte sie eher den Reichstag bereit finden, ihr da entgegenzukommen, wo sie einen wirklichen Schiffsmangel, etwa für überseeische Stationen, nachweisen kann.

Politische Mundschau. Deutschland.

Wann sind die Reichstagswahlen? In der Presse wird wiederum die Frage lebhaft erörtert, wann die Wahl des neuen Reichstags spätestens stattfinden habe. Sogar das Organ des „Bundes der Landwirthe“ findet die Sache so einfach liegend, daß, da das Mandat des gegenwärtigen Reichstags am 15. Juni abgelaufen ist, spätestens am 16. der neue Reichstag gewählt sein muß. Das ist zwar ausdrücklich in der Reichsverfassung nicht vorgeschrieben, aber doch wohl selbstverständlich. Die passendste Zeit für die Reichstagswahlen würde, wenn sie im Winter nicht mehr stattfinden können, die Zeit zwischen der Bestellung und der Heuernte sein. — Dazu meint die „Volksztg.“: „Für manche Agrarier, die ihre Zeit auf Rennpferden, in Spielklubs, auf Reisen im Auslande verbringen, hätte sich das Bundesorgan wohl deutlicher ausdrücken können, denn diese Art Agrarier weiß schwerlich, wann die Heuernte ist.“

Bei den Stadtverordneten-Stichwahlen der dritten Klasse in Berlin wurden am Freitag drei Liberale, ein Sozialdemokrat und ein Bürgerparteiener gewählt. Die Sozialdemokratie wird also einen Vertreter weniger als bisher im Rothen Hause haben.

Das amtliche Wahlergebnis in Ploen lautet wie folgt: Es wurde v. Tungen, Hofpächter in Schmol (wildkonfervativ) mit 8177 von 16 210 abgegebenen Stimmen gewählt. Hoeck, Pastor a. D. in Hamburg (Freis. Vereinigung), erhielt 1400 Stimmen, Hofbesitzer Schmidt in Havighorst (Freis. Volkspartei) 1785 Stimmen, Redakteur Damaschke-Berlin (nationalsozial) 2148 Stimmen und Paul Weinheber-Hamburg (Sozialdemokrat) 2695 Stimmen.

Wahltag. Bei der Landtags-Ersatzwahl in Nürnberg errangen gestern unsere Wahlmänner die Mehrheit. Die Wahl des Genossen Segitz zum Landtags-Abgeordneten ist gesichert.

Neue Gesetzentwürfe. Der Gesetzentwurf zum Schutze der Bauhandwerker ist nach der „Schles. Ztg.“ nunmehr fertig gestellt. Er wird, ehe er an den Bundesrath kommt, veröffentlicht werden, um den beteiligten Interessentenkreisen Gelegenheit zur Meinungsäußerung zu geben. In Kraft treten soll er erst gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Die Civilprozeßordnung wird nächste Woche vom Bundesrathe zu Ende beraten werden. Die bisher vorgenommenen Änderungen sind unerheblich. Der Entwurf soll nach der Annahme durch den Bundesrath gleich an den Reichstag gelangen.

Ueber die Freisinnige Vereinigung und das Flottengesetz schreibt die „Freis. Ztg.“: Setzt allarmirt auch in dem „Berl. Vörs.-Cour.“ ein bekannter Leiter der Wahlbewegung der Freisinnigen Vereinigung angesichts des Flottengesetzes: Dreimal ist der Reichstag aufgelöst

worden; das Jahr 1898 kann die vierte Auflösung bringen. Die Liberalen gehen in den dritten schweren Militärkampf hinein u. s. w.

Die Freisinnige Vereinigung hätte alle Ursache, Angesichts dieses Flottengesetzes sich ganz ruhig und mäuschenstill überall hinter die Front der Freisinnigen Volkspartei zurückzuziehen. Was anders hat denn die Freisinnige Partei genöthigt in Didenburg-Plön zur Aufstellung des Hofbesizers Schmidt, als einzig und allein der Umstand, daß der Kandidat Hoeck auf Fragen in Bezug auf seinen Standpunkt zu Marineplänen dem Vorstehenden der Vertrauensmänner-Konferenz, Herrn Kleine-Plön, keine klare und bestimmte Auskunft gab? Schon vor der Wahl wurden in der „Nation“ die Marinefragen herabzudrücken gesucht, als ob es sich nur um „eine Quantitätsfrage“, um die Bewilligung oder Ablehnung von einem Kreuzer oder einem Panzerschiff handele. Zugleich wurde Neue und Berntrichung darüber geäußert, daß die Freisinnigen 1893, 1887 und vorher in der Fortschrittspartei sich überhaupt auf eine Opposition in militärischen Dingen verbißten hätten.

Jetzt freilich hat Abg. Warth in der „Nation“ wieder vor einigen Tagen eine Schwentung vollzogen und auch das „Deutsche Reichsblatt“ hat in seiner letzten Nummer von „Sturmsignalen in der Marine-Edel“ gesprochen. Die gepriesene alleinige Parole des „Kampfes gegen das Junkerthum“ ist mit einem Schlage absolet geworden. Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt! Aber auch jetzt wird die Ankündigung der Opposition mit der Versicherung abgeschwächt, daß, wenn nur das Staatsrecht gewahrt bleibe, man alles Geforderte bewilligen werde.

Nach Puttkamer'schem System scheint man dem Hervortreten der massenhaften Volkspartei bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit allen polizeilichen Mitteln entgegenzutreten zu wollen. Der „Börsenztg.“ wird darüber aus Uyd geschrieben: Der Redakteur der „Gaz. Lub.“, Herr Karl Wahrke, beschwert sich in seinem Blatte darüber, daß er jetzt überall von Gendarmen begleitet werde, sobald er nur einen Schritt aus der Stadt heraussetze. Auch fragten die Gendarmen überall nach, z. B. auf dem Bahnhofe, wohin der Redakteur Wahrke fahre, mit wem er fahre usw. Auch bei seinen Ausflügen würde er polizeilich überwacht. Herr Wahrke erklärt zum Schluß in seiner Zeitung, daß er weder Anarchist, Sozialist oder etwas Aehnliches sei, und daß er die ganze Angelegenheit durch befreundete Abgeordnete im Landtage zur Sprache bringen werde.

Vom Tausch. Da in der Disziplinarsache gegen v. Tausch das Hauptverfahren eröffnet ist, hat das Polizeipräsidium die Suspension vom Amte verfügt. Herr v. Tausch, der bisher als beurlaubt geführt wurde, bezieht vom Tage seiner Suspension an nur das halbe Gehalt.

Habererdebate und Skandal in der bayerischen Kammer. In der Freitag-Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten kam es im Verlaufe der Rede des Abg. Dr. Sigl zu einer Skandalsszene, die sehr stark an den österreichischen Reichsrath erinnert. Die Liberalen wollten über die beiden Anträge v. Vollmar und Steininger, betreffend die Begnadigung der Haberer, zur Tagesordnung übergehen. Die Diskussion wurde aber fortgesetzt.

Als erster Redner kam Dr. Sigl zum Wort. Er erklärte zunächst, daß nicht alles von dem, was der Vertreter der Staatsbehörde angeführt hat, der Wahrheit entspräche, wofür er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wird. Doch Dr. Sigl läßt sich dadurch keineswegs irre machen und entgegnet hierauf einfach, daß er damit lediglich meinte, der Vertreter der Regierung habe aus einem Material geschöpft, das durchaus nicht unangreifbar ist. Die Leute, denen getrieben wurde, sind durchaus nicht so unschuldig gewesen und es ist ihnen mit vollem Rechte getrieben worden. Herr Steininger hätte seinen Antrag wohl kaum eingebracht, wenn nicht ein gewisser Artikel im „Vaterland“ und der Antrag Vollmar erschienen wären. In gewissen Kreisen ist man freilich froh, daß die Haberfeldtreiben etwas eingeschränkt worden sind, vielleicht auch in der nächsten Umgebung der Herren Steininger und Pauli, denn wohl auch ihnen hätte halb ein Stündlein geschlagen, das ihnen nicht sehr angenehm gewesen wäre. Das Volksbewußtsein aber ist über das grausame Vorgehen gegen einen seit mehr als 1000 Jahren bestehenden Brauch nicht sehr erbaut. Dieses Volksbewußtsein verlangt aber auch gleiches Recht für alle und es wird in Zukunft auch fordern, daß die Staatsbehörde auch gegen die Personen vorgeht, über die bisher die Volksjustiz der Haberer waltete. Die Leute, denen getrieben werden mußte, waren meistens die mächtigsten im Orte: der Pfarrer, der Lehrer, der Ortsvorsteher, der Gensdarm etc. Vollmar braucht die Stimmen der Haberer nicht mehr, er bekommt im Oberlande ohnehin Stimmen genug. Der Regierungskommissar hat stark übertrieben und Nichtiges und Unrichtiges durcheinander geworfen. Was an der Sache zu verurtheilen ist, verurtheile auch ich. Aber seien wir doch keine solchen Moralmenschen! Der Regierungskommissar hat vorgestern außerdem hier in einem Tone gesprochen, den wir nicht gewöhnt sind in diesem Hause und der mehr an den Keiser-Offizier erinnert. (Ordnungsruf.) Redner kommt nun auf das historische Gebiet und verbreitet sich über die Geschichte des Habererbundes. (Schlußruf!) Dr. Sigl: Ich habe das Wort und rede, so lange ich will. (Wiederholte Rufe: Schluß! Schluß! Hinaus! Hinaus! Abg. Verno (Centr.) ruft: Geh(n) ma'naus! Dr. Heim (Centr.) läuft herum und fordert die einzelnen Herren zum Skandalmachen auf. Abg. Gerstenberger (Centr.) macht mit der Schub-

lade seines Pulvers Lärm. Liberale und Centrumspatrioten brüllen durcheinander und verlassen dann zum größten Theile den Saal. Präsident Walter, der sonst die Glocke so gut zu handhaben weiß und mit der Ertheilung von Ordnungsrufen durchaus nicht sparsam ist, sieht dem Spektakel ruhig zu und hat kein Wort des Tadelns für die Standalmacher.)

Dr. Sigl läßt sich jedoch nicht stören, sondern ruft den abziehenden „Ordnungsmännern“ nach: Sie können einfach die Wahrheit nicht ertragen und wollen sich daher absolut nicht eines Besseren belehren lassen! Dann fährt er in seiner Rede ruhig fort und spricht noch über eine halbe Stunde. Zum Schluß sagt er: Die Dynastien und Throne stehen in heutiger Zeit nicht mehr so fest! Durch eine Begnadigung der Haberer würde wieder eine große Beruhigung in eine heute bis auf's Aeußerste erregte Gegend getragen.

Die „beiden Großen“ führen, nachdem sie wieder in voller Zahl im Saale erschienen sind, eine große Entlastungskomödie auf, indem sie durch ihre Führer Dr. Aub (lib.) und Dr. Dertzer (Centr.) gegen die Art und Weise, wie Dr. Sigl für die verurtheilten Haberer eintritt, Protest einlegen lassen.

In seinem kurzen Schlussworte betont unser Genosse von Völlmar dem Regierungskommissar Pfannschmidt gegenüber noch ganz besonders, daß dem Landtage ein ungewisshafes und unbestreitbares Recht auch zur Kritik der Gerichte zustehe.

In der hierauf folgenden Abstimmung wird der „liberale“ Antrag des Herrn Dr. Aub auf Uebergang zur Tagesordnung mit einer ganz geringen Mehrheit angenommen.

Wie von einzelnen Abgeordneten versichert wird, soll der Abgeordnete Landgerichtsrath Verno nach dem Abzuge der „beiden Großen“ im Rezejimmer in Bezug auf Dr. Sigl die Aeußerung gebraucht haben: Der Schuft! Sollte sich dies bewahrheiten — und es ist daran wohl nicht zu zweifeln — so hat der edle Patriot damit ja einen geradezu österreichischen Ton für das bayerische Parlament gefunden.

Aus dem bayerischen Landtage erhält die „Frankf. Ztg.“ vom 26. nachstehende Darstellung der skandalösen Vorgänge während der Rede des Abg. Dr. Sigl: Die heutige Habererdebate in der Abgeordnetenkammer führte zu einer Demonstration, wie sie selten stattfindet und wie sie seit 6 Jahren nicht mehr vorgekommen: zu der Maßregelung eines Redners durch Verlassen des Saales. Das letzte Mal galt es dem bei den Neuwahlen zum gegenwärtigen Landtage nicht wieder gewählten deutschfreisinnigen Abg. Dr. Beck, der gegenwärtig in Nürnberg an Grillenberger's Stelle für den Landtag kandidirt. Damals — es handelte sich um ein kirchenpolitisches Thema — unterbrach das Centrum den Redner wiederholt; endlich riefen der inzwischen verstorbene Centrumsabgeordnete Viehl und der jetzige Präsident von Walter: „Gehen wir hinaus!“ Eine Anzahl Centrumsabgeordneter verließ den Saal und Abg. Walter kehrte sich unter der Thüre noch mal um und rief: „Schweigt's'n aus!“ Der inzwischen auch verstorbene Abg. von Schauf nahm sich damals des Beleidigten Beck sehr energisch an. Man urgte aber den Zwischenruf Walters nicht weiter. Als im neuen Landtage Abg. von Walter zum Präsidenten vorgeschlagen wurde, sträubte sich wohl Anfangs ein Theil der Liberalen wegen dieses Vorfalles, er wurde aber von den Parteifreunden beschwichtigt, da man selbst Niemand für den Präsidentenstuhl hatte und bereits die Politik der halben Versöhnungstaktik im Zuge war. Heute galt es dem Abg. Dr. Sigl wegen seiner zu Gunsten der Haberer gehaltenen Rede. Die Initiative zum Exodus gab das Centrum und die führenden Redner der beiden großen Parteien sanktionirten nachträglich ausdrücklich die Maßregelung. Die letztere knüpfte lediglich an die Vertheiligung der Haberer an und stellte sich in sofern als eine Kundgebung zu Gunsten staatlich öffentlicher Ordnung heutiger Gestalt dar. In Wirklichkeit spielte aber die Stimmung beider Parteien gegen die Person des Dr. Sigl und gegen seine Art zu schreiben und zu sprechen, eine Hauptrolle hierbei: Dr. Sigl hat bei beiden Parteien viel auf dem Kerbholz. Dem Centrum ist er ein über die Massen unangenehmer und unangewehrter Mann. Das Centrum wartete schon lange darauf, ihn im Parlament kräftig niederzudrücken. Abg. Dr. Dertzer hatte das schon in einer der ersten Sitzungen versucht, aber keine Freude daran erlebt. Nun ist es dem Centrum gelungen, Sigl eins anzuthun und beide Parteien gingen hierbei Hand in Hand. Dr. Sigl hat heute manches wahre Wort gesprochen, das läßt sich gar nicht verkennen natürlich auch gar manchmal über die Schnur gehauen, ist stellenweise zu übereifrig geworden und hat zu Gunsten der Haberer mehr gesagt, als sie überhaupt verdienen.

Aus dem badischen Landtage. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Druckarbeiten der badischen Kammer bloß in tariftreuen Geschäften auszuführen, ist angenommen worden.

Die Aufschließung Chinas. Daß die offiziöse Presse von der Besetzung der Kiautschaubucht durch deutsche Truppen eine Erschließung für den deutschen Handel erwartet, ist begreiflich; daß aber auch ein großer Theil jener Presse, die der Industrie und dem Kaufmannstande nahe stehen, die neueste Aktion der deutschen auswärtigen Politik begrüßt, zeigt wieder, wie wenig diese Presse die Interesse der ihr nahestehenden Schichten zu wahren vermag. Wenn der sonst der Regierung so nahestehende „Hamburger Korrespondent“ weist bis jetzt auf das Gefährliche des neuesten Marinejau-

spiels für Handel und Wandel hin. Eine Ausschließung Chinas auf dem Wege der Gewalt kann nur der für möglich halten, der den wirtschaftlichen Thatsachen gegenüber der reine Thor ist. Es seien hier nur wenige Thatsachen dafür angeführt, daß Deutschlands Exportindustrie sich überhaupt von der Erschließung Chinas keine allzu großen Erwartungen machen darf, aus Gründen, an denen eine Flottenstation in China erst recht nichts ändern dürfte. Im Gegentheil, wenn wir in Ostasien auch nur wenige Erfolge haben wollen, so ist es viel richtiger, sich mit den ostasiatischen Mächten, China und Japan, auf guten Fuß zu stellen, als beide zu gleicher Zeit zu reizen oder mindestens argwöhnisch zu machen. Denn dieses zu thun hätte nur dann einen Sinn, wenn wir auch wirklich in der Lage wären, mit China einigermaßen erfolgreich Handel treiben zu können. Aber das ist nicht der Fall.

Unsere Einfuhr- wie Ausfuhrmöglichkeit ist aus zweierlei Gründen äußerst beschränkt. Einmal ist Japan ein Konkurrent, der so billig produziert, daß wir ihm gerade in Branchen, wo ein erfolgreicher Export möglich wäre, in keiner Weise gewachsen sind, es schlägt uns auch durch die Billigkeit seiner Waaren. Sodann kommen noch die hohen Transportkosten dazu, die noch weiter die Waarenpreise steigern müssen. In nächster Zeit kehrt die ostasiatische Expedition zurück und wird dann eingehend über die Exportmöglichkeit nach Ostasien Bericht erstatten.

Inzwischen sei auf eine Veröffentlichung des Exportvereins für das Königreich Sachsen hingewiesen, in dem seiner Zeit auf die Schwierigkeiten eines erfolgreichen Handels nach Ostasien hingewiesen und hauptsächlich damit begründet wurde, daß es Japan immer mehr erreicht, sich von den fremden Industrien zu emancipieren und selbst zu exportieren. Eine Bestätigung dieser Ansicht bilden die Mittheilungen japanischer Blätter, wonach die japanische Regierung vom 1. April des nächsten Jahres an alle Ausfuhrzölle aufzuheben beabsichtigt. Im Jahre 1885 betrug der Werth der mit Ausfuhrzöllen belegten Exportartikel 39 Millionen Yen, im Jahre 1896 50 1/2 Millionen, war also nur um 30 pCt. gestiegen. In derselben Zeit stieg der Werth der keinem Zoll unterliegenden Exportartikel von 12 1/2 auf 67 Millionen Yen, d. h. um 500 pCt. Durch Aufhebung der Exportzölle wird der Export Japans erst recht gesteigert und sein natürlicher Abnehmer wird China sein. Wir haben wahrhaft gar keinen Anlaß, Japan diese Exportmöglichkeit zu beschneiden; denn sonst könnte Japan an Deutschland schwer rächen, indem es direkt oder indirekt seine Ueberlegenheit auf dem europäischen Markte geltend machen wollte. Wir sollten vielmehr froh sein, wenn Japan und China sich wechselseitig zu der Höhe der Produktion heranziehen wollten, die unserer abendländischen wirtschaftlichen Entwicklung entspricht. Dann wäre die ostasiatische Gefahr lange nicht so schlimm, als sie sein wird, wenn wir Japan von China als seinem natürlichsten Absatzgebiete klüßlich abzuhalten und seinen Export nach Ländern zu leiten suchen, in denen die westlichen Produktionsverhältnisse herrschen. Denn mit der Entwicklung der Industrie in Japan wächst dort auch eine moderne Arbeiterklasse heran, die Lebensansprüche steigen, damit auch die Löhne und damit wieder die Produktionskosten selbst. Ist aber dieser Prozeß in vollem Gange, dann braucht die ostasiatische Konkurrenz der europäischen Kultur keinen Schrecken mehr einzujagen.

Dieser Prozeß wird aber verhindert, wenn man in den natürlichen Gang der Entwicklung eingreift und dem deutschen Handel in einem Lande ein Verkehrsgebiet schaffen will, wo nur wenig zu holen ist.

Deutschland hat sich bei seiner Kolonialpolitik in der Zeit gerirt und es begehrt jetzt wiederum einen Anachronismus, wenn es glaubt, anderer Länder Beispiel aus Zeiten, in denen der moderne Welthandel erst in seiner Ausbildung begriffen war, nachahmen zu können.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber das Ende Badeni's wird der „Frankf. Btg.“ aus Wien vom 28. Nov. geschrieben:

Graf Badeni ist entlassen. Somit sich in den letzten Tagen die Dinge mit unheimlicher Geschwindigkeit entwickelt haben, war heute, im strengsten Sinne des Wortes, den Staatsleitern keine andere Alternative mehr gegeben als: entweder Entlassung Badeni's oder Scharfschießen. Um diese Lage zu erklären, müssen wir in unserer Chronik an das früher in diesem Blatte Erzählte vorerst anknüpfen.

Graf Badeni war von der Ansicht ausgegangen, daß es genügen würde, die beiden „Schreier“ Wolf und Schönerer mit der Polizei aus dem Parlament hinauszumwerfen, um dort die volle Ruhe des Friedhofs herzustellen und binnen wenigen Stunden das Ausgleichs-, das Budgetprovisorium und das Rekrutencontingent durchzusetzen. Die Berechnung erwies sich als vollständig falsch. Schon die Revolte der Sozialdemokraten, auf die er nicht gerechnet hatte, war eine schwere Enttäuschung für ihn. Es folgten aber bald noch viel schwerere nach. Nichts macht auf den Wiener einen so revoltirenden Eindruck als die Polizei. Die schwarzen Bickelhauben und die langen schwarzen Mäntel in größerer Masse beisammen gesehen erregen die Empfindung, als ob man einer Behme rettungslos preisgegeben sei. Die Brutalität der Wiener Polizei ist eine allbekannte Thatsache, welche speziell von den Arbeiterdemonstrationen unter dem Ministerium Windischgrätz jedem anständigen Wiener in unauslöschlicher Erinnerung steht. Und nun hat der Graf Badeni gar die Vermesstheit gehabt, die Bickelhauben von der Straße in den geheiligten Parlamentsaal herzuführen zu lassen, die verfassungsmäßige Immunität der

Abgeordneten durch die rohe Hand der Polizeiknechte entweihen zu lassen. Eine furchtbare Aufregung in der ganzen Stadt war die unmittelbare Folge dieser verbrecherischen Maßregel. Alle oppositionellen Parteien, die sich bisher so oft bekriegt hatten, einigten sich nun plötzlich zu gemeinsamem Widerstand. Die deutsche Fortschrittspartei und die deutsche Volkspartei, 70 Mann, beschloßen nun, nachdem Schönerer, Wolf und die Sozialdemokraten hinausgeworfen worden waren, den Standal in vielfacher Verstärkung selbst zu betreiben, um den Präsidenten zu zwingen, daß er sie alle nach einander hinauswerfen lasse. Die gestrige Sonnabend-Sigung bot denn auch ein ungeheuerliches Bild. Die ganze Opposition that dasselbe, weswegen Wolf und Konforten von der Polizei hinausgeworfen worden waren. Die ruhigsten alten Herren standen da, bewaffnet mit Pfeisen, Trompeten, Sirenen, und machten den entsehltesten Lärm. Steiner, der Mann, der noch bis zum letzten Moment eine verdächtige Hinneigung zur Regierung verrathen hatte, warf höchst eigenhändig den Diener hinaus, der Tags vorher die sozialdemokratischen Abgeordneten geschlagen hatte. Dr. Lecher, der Wohlerzogene, rief dem Abrahamowicz unaufröhlich „Schuß!“ zu. Andere hatten die Ministerbank besetzt. Einige bewarfen den Abrahamowicz mit Papierkugeln, einer sogar mit einem gefüllten Tintensatz. Mitten im Trubel hielt der Christlich-Soziale Azmann eine aufreizende Rede — das beste Zeichen, daß das Schiff Badeni's leck geworden, wenn selbst die Christlich-Sozialen Matten es verließen. Der polnische Staatskünstler hatte nun nur noch zwei Möglichkeiten: entweder 100 oppositionelle Abgeordnete durch die Polizei hinauswerfen zu lassen, oder auf die Fortführung der Sitzung zu verzichten. Er entschloß sich zunächst zu dem Letzteren, um Zeit zu weiterer Ueberlegung zu gewinnen. Aber jede Minute verschlechterte die Situation.

Die Bewegung war schon am Freitag Abend, als die Kunde vom Einzug der Polizei ins Parlament unter die Bevölkerung gedrungen war, weit über das Parlament hinaus gewachsen. Zunächst bemächtigte sich der Studentenschaft eine furchtbare Aufregung, die mit den Pferden unter die Postkutschen vor der Universität eintritt und mit der blanken Waffe loszieht. Der Erfolg der Polizei-Attaken war, daß immer weitere Kreise in die Bewegung mit hineingezogen wurden, zunächst die Universitäts-Professoren, die sich, der Universitätsrektor Toldt voran, entschieden auf die Seite der Studenten stellten. Gestern Sonnabend setzten die Studenten ihre Demonstrationen fort. Ihnen hatte sich aber auch die übrige Bevölkerung aller Klassen beigefügt. Gestern Abend war auf der Ringstraße zwischen Universität und Parlament alles schwarz von Menschen, pele mele gutgekleideten, schlechtgekleideten, jungen, alten Leuten, Männern, Frauen, Kindern, die, trotz der fortgesetzten viehischen Reittatzen der Polizei, aushielten und dem „Polaken“ Badeni vor seinem Ministerpalais eine betäubende Rachenmusik darbrachten und auch sonst ihren Empfindungen keinerlei Zwang mehr anthaten. Unterschiede gab es in der Bevölkerung nicht mehr. Antisemiten, Juden, Sozialdemokraten, Schönerianer, Radikale, Konservative — alles war eines Sinnes. Menschen, die einander nicht kannten, sprachen einander auf der Gasse an. Es war der Geist der Revolution, der sich da plötzlich ungewohnter Weise in dem sonst so „gemüthlichen“ und „bummen“ Wien vor unseren erstaunten Augen entwickelte.

Der heutige (Sonntag) Vormittag brachte noch eine ausgiebige Steigerung. Schon in der Frühe war Alles auf den Beinen. Vor dem Parlament demonstirten viele tausende Menschen, die Einen mit der Absingung der „Arbeiter-Marseillaise“, die Anderen mit der „Wacht am Rhein“. Die Hunderte von berittenen und nichtberittenen Polizisten erwiesen sich als unzureichend. Auch die ausgerückten Eskadronen Ulanen, die in scharfem Galopp die Ringstraße zu Ehren Badeni's säubern sollten, wirkten auf die Dauer nicht abschreckend genug. Wenn die Bewegung in dem bisherigen Maße wuchs, so war es klar, daß der heutige Abend einen Aufstand bringen würde. Die Alternative für die Regierung lautete schon nur mehr: Entweder Demission Badeni's oder Scharfschießen des Militärs.

In diesem Zeitpunkt scheint nun an entscheidender Stelle die Wendung eingetreten zu sein. In den ersten Nachmittagsstunden erschien der Bürgermeister Dr. Ueeger, der eben aus der Burg kam, vor dem Parlament und verkündete von der Kampe herab die Demission Badeni's. Ein vielstimmiges Freudengeschrei war die Antwort. Ein großer Theil der Polizei wurde zurückgezogen. Die Polizisten wurden plötzlich höflich. Ich selbst habe eine in dieser Richtung bezeichnende Erfahrung gemacht. Ich ging Abends unter der großen Menge vor dem Parlament spazieren. Da staut sich die Bewegung an einer Ecke. Ein Polizeioffizier, der dies bemerkt, kommt besorgt an uns heran und spricht uns so an: „Seien Sie doch ruhig. Es ist Alles in Ordnung.“ — „Was ist denn geschehen?“ fragen wir, als ob wir nichts wüßten. „Der Badeni hat demissionirt“, antwortet der Polizeioffizier. „So, und ist die Demission angenommen?“ fragen wir ungläubigen Thomasse weiter. „Jawohl!“ bestätigt der Polizeioffizier. Ich lasse aber noch nicht locker und frage: „Ist das aber auch sicher?“ „Es ist offiziell, meine Herren!“ schließt der Polizist. Der Mann hatte über Mittag gute Manieren erlernt.

Augenblicklich (7 Uhr Abends) herrscht ein Jubel auf den Straßen und in den Häusern. Man gratulirt sich gegenseitig zu Badeni's Fall. Aber, wenn ich die Leute recht verstehe, dürften sich die Gewaltthäter irren, wenn sie meinen, daß damit Alles wieder gut sei. Eben in

dieser Stunde wird von neuen Demonstrationen vor dem Palais Badeni's und vor der Wohnung des Abrahamowicz gemeldet. Allgemein wird die Forderung erhoben, daß auch die anderen, an Badeni's Verbrechen Theilgehabten vom Schauplatz verschwinden, besonders das Schœufal Abrahamowicz, die Polizeiseele Ramarcz und der Rangleibdirektor des Abgeordnetenhauses Solbau, der die Diener gegen die Abgeordneten kommandirt hat. Neben dieser persönlichen wird auch eine sachliche Sühne, eine förmliche Einweihung des geschändeten Hauses und Rückziehung aller Maßregel, besonders des „Beschlusses“ Falkenhayn, und selbstverständlich die Freilassung des verhafteten Abg. Wolf sowie der zahlreichen anderen Verhafteten nothwendig sein, wenn auch nur vorübergehend Ruhe in die Gemüther zurückkehren soll. (Der Abgeordnete Wolf ist inzwischen freigelassen worden.)

Wir sagen, nur vorübergehend: Denn auch dauernde Wirkungen wird das Regime Badeni bringen, die seine Urheber nicht geahnt haben. Man hat erkannt, daß denn doch unsere Verfassung nicht mehr bloß auf dem Papier, sondern auch in den Herzen der Menschen eingeschrieben steht. Diese Erkenntniß wird hoffentlich die Mächthaber in Zukunft zähren, jene aber, die bisher scheinbar wie die Prediger in der Wüste für Recht und Freiheit in diesem Land eintraten, innerlich stärken und festigen und hoffentlich ihre Zahl vervielfachen. Es ist das Ende Badeni's, aber noch lange nicht das Ende unserer politischen Kämpfe, vielmehr so eigentlich erst deren rechter Anfang, was die letzten Tage uns gebracht haben. Graf Badeni galt als der „providentielle Mann“ der Reaktion. Ein „providentieller Mann“ scheint er in der That zu sein, aber nicht der Reaktion . . .

Übeld und Nachbargebiete.

30. November.

Wer wagt es, Nittersmann oder Knapp? — — — Der „Gen. Anz.“ schreibt:

Nur Übel der Reichstagswahl geht uns folgende Aufschrift an: „Bezugnehmend auf den Artikel im „General-Anz.“ vom 24. d. M., betreffend Aufstellung eines gemeinsamen Reichstags-Candidaten, erlaube ich mir zu bemerken, daß entgegen der Angabe, Herr Commerzienrath Scharrf sei von allen bürgerlichen Parteien als Reichstags-Candidat aufgestellt, die übrigen bürgerlichen Parteien, außer Nationalliberalen und Freisinnigen, durchaus nicht an der erwähnten gemeinsamen Aufstellung theilnehmen.“ Dieser „Berichtigung“ gegenüber, die übrigens etwas spät kommt, constatiren wir, daß sie offene Lügen eurent. Wir haben ja garnicht behauptet, daß Herr Commerzienrath Scharrf als Candidat der bürgerlichen Parteien bereits aufgestellt sei, sondern in unserer Nr. 275 nur gesagt, daß die einzelnen Parteien die Candidatur Scharrf erwogen haben. Und das wird der berechtigte Einsender der Berichtigung doch wohl nicht berichtigen wollen. Bei dieser Gelegenheit können wir mittheilen, daß allerdings zunächst die Candidatur des Herrn Vantdirektor Küller in den bürgerlichen Parteien in Frage gekommen ist. Als dieser aber ablehnte, schlug die freisinnige Partei Herrn Commerzienrath Scharrf als gemeinsamen Candidaten vor. Ob es jedoch gelingen wird, alle bürgerlichen Parteien für ihn zu gewinnen, muß noch abgewartet werden, da dem Vernehmen nach die diesbezüglichen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Damit wären wir denn also noch gerade so klug wie früher!

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Dummerstorf ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Hufners A. F. J. Blücker der Hufner H. F. W. Krellenberg zum Mitgliede des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren gewählt worden. Krellenberg ist in genannter Eigenschaft obrigkeitlich befristigt und auf gewissenhafte Amtsführung eidlich verpflichtet.

Schenkung. In der Sitzung des Amtsgerichts vom 29. d. Mts. haben der Höker Carl Christian Studemund und dessen Ehefrau Johanna Maria Dorothea geb. Hülsmann, wohnhaft hier selbst, als unbeerbte Eheleute eine wechselseitige Schenkung ihrer gesammten Habe und Güter vollzogen.

Penitent. Am 24. d. M. hat der Senat den ersten Ranglisten des Polizeiamtes, Rangleirath Boyßen, auf sein Ansuchen zum 1. Januar 1898 in den Ruhestand versetzt.

Vom Tage. Gestohlen wurde einem Kaufmann aus seiner Wohnung in der Geninerstraße ein schwarzblauer Paletot. — Wegen Einbruchversuchs wurden vor einigen Tagen zwei Burschen in Haft genommen. Es hat sich herausgestellt, daß sie in Gemeinschaft mit einem Schuljungen eine ganze Reihe von Diebstählen verübt haben, bei denen sie hauptsächlich Eßwaaren erbeuteten. Wegen Fehlerlei ist gegen die Mutter eines der Burschen Untersuchung eingeleitet.

Entin. Herr Enneccerus, der nationalliberale Universitätsprofessor, der alles „bewies“, was der Reaktion nützte, will nicht mehr kandidiren. Er hat erklärt, er sei nicht mehr in der Lage, in der nächsten Wahlperiode eine Kandidatur für den ersten oldenburgischen Wahlkreis wieder anzunehmen. — Bennigsen, Hamacher, Enneccerus, die alte nationalliberale Garde kandidirt nicht wieder.

Enneccerus wäre übrigens auch schwerlich wiedergewählt worden. Die Freisinnigen haben Rechtsanwält BarGMann in Oldenburg, die Sozialdemokraten Genossen Paul Hug in Bant als Kandidaten aufgestellt. Der Wahlkampf wird voraussichtlich ein sehr heißer werden.

Stadttheater. Mittwoch wird der amüsante Mofersche Schwanz „Der Bibliothekar“ gegeben. In den Hauptrollen sind die Damen Trommsdorff, Sacke und Bache, sowie die Herren Burghard, Marlow, Köstlin, Thies, Jilich und Jolin beschäftigt. Die nächste Aufführung von „Reingold“ findet am Donnerstag den 2. Dezember statt. Für nächsten Sonntag Nachmittags ist eine große einmalige Fremden-Vorstellung von „Reingold“ angelegt, die um halb vier Uhr beginnt und bei Opernpreisen stattfindet. Zu dieser Vorstellung ist ein kolossaler Andrang zu erwarten.

Sternschanz-Biehmarkt.
Hamburg, 29. November

Der Schweinehandel verlief träge.
Bägeschlager wurden 1660 Stück, Preise: Merlandschweine schwer.
57-59 Mk., leicht: 58-59 Mk., Barren 50-54 Mk. und Her 1
54 58 Mk. v. 100 und

See-Berichte.

D. Gauthlod, Kapit. Rydell, ist am 28. Novbr. von Calmar nach hier abgegangen.
D. Gustav Wala, Kapit. Svedberg, ist am 28. November in Kalmar angekommen.

D. Frez, Kapit. Hallin, ist am 26. November von Utku auf hier abgegangen.
D. Marie Louise, Kapit. Nachweh, ist am 28. Novbr. von Nival auf hier abgedampft.
D. Iris, Kapit. Schwarz, ist am 28. November von Rotterdam auf hier abgegangen.
D. Mathilde Fäbe, Kapit. Schmidt, ist am 29. Novbr. von Kramfors auf hier abgedampft.
D. Alpha, Kapit. Windmann, ist am 28. November von Stettin nach Karishamn abgedampft.
D. Hjalmar, Kapit. Hjulenberg, ist am 29. November von Ubo nach Wala abgegangen.

D. Imatra, Kapit. Schöning, ist am 29. November in Rotta angekommen.
D. Johr, Kapit. Knudt, ist am 28. November von Gefle auf hier abgegangen.
D. Luba, Kapit. Lomer, ist am 29. November von Billau nach hier abgegangen.
D. Wisborg, Kapit. Karstedt, ist am 29. November in Memel angekommen.
D. Elita, Kapit. Bierstorff, ist am 29. November von Libau auf hier abgegangen.
D. Hebe, Kapit. Bergström, ist am 29. November von Utku auf hier abgegangen.

Als passende Weihnachts-Geschenke

empfehlen:

Für Kinder: Bilderbücher in großer Auswahl, Jugendschriften, Märchenbücher, Briefmarken-Albums u. s. w. in verschiedenen Preislagen.

Für Erwachsene: Sämtliche Bände der Internationalen Bibliothek, auch einzeln käuflich, Reuter's sämtliche Werke, Fr. Naufen: In Nacht und Eis u. s. w. u. s. w.

Fr. Meyer & Co., Buchhandlung, Johannisstrasse 50.

Dem Silberpaar Pauls zum heutigen Tage die besten Glückwünsche!

H. B. K. P.

Verpätet.

Für die große Teilnahme seitens der Arbeiter der Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft bei der Beerdigung meines Mannes, sowie für die mir zu Theil gewordene glückliche Unterstützung sage meinen aufrichtigsten Dank.

Frau Blotnicki Wwe.

Ein Logis für einen jungen Mann
Ludwigstraße 42.

Gesucht zu Ostern ein Lehrling für den Jahrrabbau in eine der bedeutendsten Jahrrabbauanstalten Sibets. Off. u. L V a. b. Exp.

Zu kaufen gesucht ein noch guterhaltener Puppenwagen
Wetzlarstraße 25 a. Et.

Zu verkaufen ein fast neuer Winterherren-Paletot und ein dunkelblauer Kammgarn-Anzug, preiswürdig.
A. Fraass Wwe., Hüfstraße 94.

Bill. z. verk. echte Harzer Kanarienhähne
Schuböfenerstraße 10.

Billig zu verkaufen ein Strehpult u. eine Singer-Ertismaschine
Wafenstraße 13 a.

Umständehalber billig zu verkaufen ein fast neuer Kinderwagen
Langer Lohberg 15, 1. Et.

Zu verkaufen ein noch gut erhaltener Kaffee-Wasserkessel
Marlesgrube 6.

Billig zu verkaufen ein großer starker Kinderwagen
Blücherstraße 19, part.

Die Schmelzschlachtereier
von

W. Strohfeldt

73 Glockengießerstraße 73
empfehl:

Frische Hähnen, Pfd. 65 Pf.
Carbonade . . . Pfd. 70 Pf.
Quenfleisch . . . Pfd. 50 Pf.
Prima Schmalz . . . Pfd. 60 Pf.
Graten-Schmalz . . . Pfd. 30 Pf.
Kopf und Bein . . . Pfd. 25 Pf.
Gehackte Mettwurst Pfd. 60 Pf.
Geräuch. Mettwurst Pfd. 70 Pf.



Frisch geräucherte hiesige Bündlinge, echte Sprotten, feinste Isländer Lachsheringe
empfehl

J. C. H. Boy,

Büchhandlung
Beckergrube 3. Wahnstrasse 16. Mauer 84.

Wegen Verkauf meines Hauses und Geschäfts-Veränderung soll mein sehr großes Lager jeder Art und Genres von

Damen-, Herren- u.

Kinder-Fusszeug

möglichst schnell geräumt werden zu denkbar billigsten Preisen.

J. Möllendorff

Holstenstraße 9.

1 Mk.	● Ziehung Donnerstag. ●	1 Mk.		
Weimar-Loose!	<p>Weimar-Loose!</p> <p>Haupt- und Schlussziehung 2. bis 8. Dezember d. J. 5000 Gewinne!</p> <p>Hauptgewinn 50,000 Mk. werth!</p> <p>Loose für 1 Mk., 11 Loose für 10 Mk. (Porto u. Liste 20 Pfg.) versendet, so lange der Vorrath reicht auch per Nachnahme,</p> <p>Paul Würzburg, Lübeck, Markt 14.</p>	Weimar-Loose!		
	1 Mk.		● Ziehung Donnerstag. ●	1 Mk.

Sandstr. 27. G. Harz Sandstr. 27.

Feinste Meierei-Butter
Pfund 1,15 Mk.
Feinste Hof-Butter
Pfund 1,10 Mk.
Feinste Tafel-Butter
Pfund 1,00 Mk.
Feinstes Flohenschmalz
Pfund 60 Pfg.
Feinstes Bratenschmalz
Pfund 35 und 40 Pfg.
Hochfeine Margarine
Pfund 50, 55 und 60 Pfg.
Prima Speisetalg
Pfund 40 Pfg.

Geräucherte Carbonade
Pfund 65 Pfg.
Geräucherte Vorderhäfen
Pfd. 53 Pfg., nur bei ganzen Schinken.
Geräucherte Mettwurst
Pfund 0,80, 0,90 und 1,00 Mk.
Leberwurst
Pfd. 0,60, 0,80, 0,90, 1,00 Mk.
Braunschweiger Wurst
Pfund 50 und 60 Pfg.
Frische Eier Stück 6 Pfg.
Neue Salzgurken Stk. 5 u. 10 Pf.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarton
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Zur Augenbäderei empfehle:
Bestes Weizenmehl, Lau'schen Augenschryp
Succade, Pommeranzenschalen, bittere u.
süße Mandeln, Citronen, Vanille, Pott-
asche, sowie sämmtliches Gewürz, ganz
und gemacht.
J. Stooss, Arminstraße.

K. Beuch, Schneidmstr., Glockengießerstr. 24.
Anfertigung von Herren- und Knaben-Garderoben.
Billige Preise. Neelle Arbeit.
Winter-Paletots von 40 Mk. an.

Brautleute
kaufen
Möbel-Ausstattungen
— sowohl einfache wie elegante —
jetzt im Ausverkauf in
Carl Meyer's Ausstattungs-Magazin
Fleischhauerstraße 40/42
zu außerordentlich billigen Preisen.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren

in allen Preislagen. Neelle Arbeit.
Complete Musterzimmer
stets vorrätig Beste Bezugsquelle
für Braut-Ausstattungen.

Folker's Möbel-Magazin, Marlesgr. 26.

Achtung Bäder!

Der Arbeitsnachweis der organisirten
Bäder befindet sich bei Blohm, Hunde-
straße 41. Arbeit wird zu jeder Tages-
zeit unentgeltlich vermittelt.
Der Vorstand.

F. M. & Co.

Dienstag 30. November
Abends 8 1/2 Uhr.

Auspielen
von
fetten Gänsen, Karpfen
und **Ranchfleisch**
auf einem Ziehbillard
am Sonntag den 5. Dezember 1897
von Vorm. 11—1 und Nachm. 4—10 1/2 Uhr.
Hierzu ladet ergebenst ein
W. Spethmann
Schwartauer Allee 70 b.

Circus Variété
Reuterkrug.
Der vollständig neue sechste Spielplan.
Oscar Mester mit seinen
sensationalen lebenden Photographien
geschilderter Geschichte Bilder und Apparate
dazu weitere 10 allererste Attractions-
nummern. Täglich Auftreten von
Heinrich Kalberg als:
Seraant Krause.

Stadt-Theater.

Mittwoch: 41. Abonnem.-Vorst. 5. Abthl. Blau.
Der Bibliothekar.
Schwank in 4 Akten von G. von Moser.
Donnerstag: Zum 8. Male, außer Abonnement.

Das Rheingold.

Sternschnuppen.

Der November ist für die Astronomie ein interessanter und wichtiger Monat. Vor beinahe 100 Jahren beobachtete Alexander von Humboldt, welcher sich damals, 1799, in Südamerika befand, in den beiden Nächten vom 12. zum 13. und vom 13. zum 14. Nov. einen außerordentlich reichen Sternschnuppenfall, welcher in gleicher Pracht bis nach Grönland hinauf sichtbar blieb. 33 Jahre später, im November 1832, wiederholte sich die Erscheinung in ähnlicher Weise, aber im folgenden Jahre, 1833, entwickelte sie sich in Nordamerika in einer noch niemals gesehenen Großartigkeit. Stellenweise schienen die Sternschnuppen fast so dicht zusammengebrängt, wie Schneeflocken, so daß innerhalb neun Stunden 300 000, also durchschnittlich 33 000 für jede Stunde oder 550 in jeder Minute gezählt wurden. 9—10 Sternschnuppen in jeder Sekunde, und dieses Schauspiel viele Stunden lang andauernd! Wahrlich, das muß ein Anblick sein, der an Großartigkeit das herrlichste Feuerwerk ganz bedeutend übertrifft.

Was mögen diese glänzenden Punkte, die irgendwo am Himmel plötzlich aufblitzen, eine kurze Bahn beschreiben, und entschwinden sind, ehe man recht zur Bestimmung gekommen ist und den leuchtenden Streifen scharf in's Auge gefaßt hat, wohl in Wirklichkeit sein? Es vergeht kaum eine Nacht, in der man nicht, wenn der Himmel heller ist, mehrere Sternschnuppen, durchschnittlich vier bis fünf in jeder Stunde, beobachten kann; freilich bekommt der Einzelne im Allgemeinen nur wenige zu sehen, weil er nur einen beschränkten Theil des Himmels erblickt und diesen auch nicht geduldet und methodisch beobachtet; aber immerhin wird wohl schon Jeder verschiedene Sternschnuppen gesehen haben. Seltener sind die Feuerkugeln, die bedeutend größer sind und meist einen stark leuchtenden Schweif zurücklassen, der mehrere Minuten lang, bisweilen fast eine Stunde nach dem Einschlagen der Haupterscheinung, zu beobachten ist. Zwischen den Sternschnuppen und Feuerkugeln findet kein wesentlicher Unterschied statt; die letzteren ziehen in geringerer Höhe über die Erdoberfläche hin, als die ersteren, doch sind beide Gruppen von Erscheinungen nicht scharf getrennt, sondern gehen allmählig in einander über, so daß ihnen jedenfalls die gleichen Ursachen zu Grunde liegen.

Das Verschwinden eines Meteors, wie man diese Erscheinungen auch nennt, geht nicht immer so geräuschlos vor sich, wie bei den meisten Sternschnuppen, die ebenso rasch verbleichen, wie sie aufgeblitzt sind, sondern zuweilen stürzt ein Meteor unter lautem Knall zur Erde; dabei explodirt es, so daß alsdann mehrere größere und kleinere Stücke aufgefunden werden. Dieselben sind theils Steine, in die metallisches Eisen eingesprengt ist, theils bestehen sie aus stark nickelhaltigem Eisen; Steinmeteorite fallen etwa 100 Mal so häufig, als Eisenmeteorite. Die offizielle Wissenschaft hat sich mit einer außerordentlichen Hartnäckigkeit gestraubt, die Möglichkeit, daß Steine vom Himmel auf die Erde fallen könnten, zuzugeben; ganz besonders hat die französische Akademie der Wissenschaften

zu Ende des vorigen Jahrhunderts mehrfach mit besonderer Feierlichkeit erklärt, daß der alte Volksglaube und die häufigen Berichte über vom Himmel gefallene Steine Märchen seien, die etwas physisch Unmögliches behaupteten.

Der erste bedeutende Gelehrte, welcher die Meteorsteine als aus dem Weltraum stammend und auf die Erde fallend zu erklären suchte, war der deutsche Physiker Chladni, der 1794 eine Abhandlung über den Ursprung einer 22 Jahre zuvor in Sibirien gefundenen, 655 Kilogramm schweren Eisenmasse veröffentlichte. Doch fand er mit seiner Ansicht namentlich in Frankreich nur geringen Anklang, wurde auch von den gelehrten Akademikern weiblich verspottet.

Als sich jedoch am 26. April 1803 bei einem kleinen Städtchen in der Normandie ein außerordentlich reicher Steinregen ereignete, sah sich die Akademie genöthigt, diese Thatsache durch eine besondere Kommission untersuchen zu lassen; nachdem diese das unzweifelhafte Herabfallen der Steine vom Himmel festgestellt hatte, schwand jeder Zweifel und man achtete in der Folge sorgsam auf solche Ereignisse und legte größere Sammlungen von Meteorsteinen an; die größten sind die von London und Paris, sowie die berühmte Sammlung des Hofmineralienkabinetts in Wien.

Nachdem man klar erkannt hatte, daß die Meteorsteine direkt aus dem Weltraum, also vom Himmel, auf die Erde herabstürzen, erging man sich in den abenteuerlichsten Vermuthungen über ihre Herkunft. Es dürfte bekannt sein, daß der Mond auf seiner Oberfläche im Fernrohr eine große Menge von ringförmigen Erhebungen zeigt, die durch ihre Form sehr stark an die Krater irdischer Vulkane erinnern; man glaubte nun, diese sog. Mondkrater seien mächtige, noch in Thätigkeit begriffene Vulkane, die zuweilen große Steine mit solcher Geschwindigkeit ausschleuderten, daß sie bis auf die Erde gelangten. Allmählich jedoch befestigte sich die Ansicht immer mehr, daß die Meteorsteine kleine Weltkörper seien, die auf ihrer Bahn im Raume um die Sonne mit derselben Regelmäßigkeit hinglehen, wie die Erde, auf die sie bei gelegentlichem Zusammentreffen stürzen. Die meisten Meteorsteine, die in die Nähe der Erde kommen, werden durch ihre große Geschwindigkeit, die bis zu 10 Meilen in der Sekunde beträgt, bald wieder von ihr entfernt. Wenn sie aber bis in die Luftschicht der Erde gerathen, so erleiden sie selbst in den höchsten und dünnsten Luftschichten einen sehr erheblichen Widerstand, durch den ihre Geschwindigkeit ganz beträchtlich vermindert wird. Dadurch tritt eine starke Erhitzung ein, die, wie eine leichte Rechnung zeigt mehrere 1000 Grad beträgt, aber völlig hinreichend ist, um das Meteor in die hellste Weißgluth zu versetzen und zu schmelzen; frisch gefallene Meteorsteine sind auch stets so heiß, daß man sie nicht anfassen kann, und zeigen sich mit einer feinen, glatten Rinde überzogen, wie wenn die Oberfläche kurz zuvor geschmolzen gewesen wäre.

Ist man sich so über die Herkunft der Meteorsteine und ihren Zusammenhang mit den Feuerkugeln und Sternschnuppen vollständig klar, so mußte man annehmen, daß im November 1799, sowie 1832 und 1833, wo die

zu Anfang erwähnten zahlreichen Sternschnuppenfälle sich ereigneten, besonders viele Meteorsteine die Erdbahn kreuzten. Dies legte die Vermuthung nahe, daß eine förmliche Wolke von Meteorsteinen, die sämmtlich in derselben Bahn hinter einander ziehen, die Erde getroffen habe. Thatsächlich wurde im November 1833 auch gefunden, daß die meisten Meteorsteine jenes großen Sternschnuppen-schwarmes von einem und demselben Punkte des Himmels ausstrahlen scheinen, d. h. daß die scheinbaren Bahnen, wenn man sie in eine Sternkarte einzeichnet, von demselben Punkte am Himmel herkommen. Da parallele Linien, z. B. die Baumreihen einer Allee, stets nach einem Punkte hinzulaufen scheinen, so schließt man hieraus, daß die Bahnen dieser Sternschnuppen sämmtlich parallel sind, daß man es thatsächlich mit neben und hintereinander herlaufenden Meteorsteinen zu thun hat. Weiter glaubte man aus dem Umstande, daß die Erscheinung in den Jahren 1799, 1822 und 1833 zu derselben Zeit stattgefunden hatte, schließen zu dürfen, daß es sich jedes Mal um denselben Meteorsteinhandelt, der zwei bis drei Jahre gebraucht, um diejenige Stelle zu passieren, an der sich die Erde am 13. November befindet, und daß er seinen Umlauf um die Sonne in 33 Jahren vollende, so daß er 1866 und 1899 die Erde wiederum treffen werde. Thatsächlich wurden denn auch in der Nacht vom 13. zum 14. November 1866 in Europa zahlreiche Sternschnuppen beobachtet, etwa 50 in jeder Minute in der Zeit von 12 bis 2 Uhr Nachts; und in den beiden folgenden Jahren trat die Erscheinung in Nordamerika wieder prächtig auf. Zu Ende dieses Jahrhunderts wird uns dieser Meteorsteinhandelt, der wieder ein schönes Feuerwerk von Sternschnuppen bereiten; ungeduldige Leute erwarteten ihn schon in diesem Jahr, sind aber getäuscht worden und werden sich schon noch 2 Jahre gedulden müssen.

Nachdem man einmal auf das periodische Wiederkehren von Sternschnuppen aufmerksam geworden war, gelang es leicht, das Auftreten des Novemberschwarmes alle 33 Jahre rückwärts bis zum Jahre 902 zu verfolgen. Noch weiter rückwärts kann man einen anderen Sternschnuppenhandelt verfolgen, der zwar nicht so prächtig ist, wie der erstere, aber mit größter Regelmäßigkeit alle Jahre in den Nächten vom 10. bis zum 13. August austritt. Die Meteorsteine dieses sogen. Laurentiuschwarmes, weil der 10. August der Tag des heiligen Laurentius ist, müssen über die langgestreckte Bahn, die von jedem einzelnen Meteor erst in 120 Jahren zurückgelegt wird, ziemlich gleichmäßig vertheilt sein, so daß die Erde jedes Jahr etwa gleich viel Meteorsteine trifft.

Noch einige andere Nächte sind durch etwas größere Häufigkeit der Sternschnuppen ausgezeichnet; doch bleiben sie hinter dem Augustschwarm und noch mehr hinter dem Novemberschwarm zurück. Dagegen trat ganz unerwartet am 27. November 1872 ein wirklicher Sternschnuppenfall ein, bei dem über 2000 Meteorsteine in der Stunde an verschiedenen Orten gezählt wurden. Die Bahn dieser Meteorsteine stimmte mit der des Biela'schen Kometen überein, der sich im Februar 1846 vor den Augen der Beobachter in zwei Kometen getheilt hatte, die 1862 wieder erschienen waren, dann aber verschwunden blieben. Man brachte

Helene.

Roman in drei Bänden von Minna Kautsky.

(55 Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Es war die ältere, volkstümliche Richtung, die sich von allen Einflüssen und Theorien des Westens befreite und spezifisch russisch sein wollte; die Narodniky setzten ihre Hoffnung auf die Organisirung und Revolutionirung der Bauernschaft und ihre Losung war: Alles für das Volk und durch das Volk.

So verdamnten sie jede politische Thätigkeit, der das ungebildete Volk nicht gewachsen war und suchten die Bewegung den urwüchsigen Begriffen und kommunikativen Instinkten, die in der Bauernschaft ruhten, anzupassen.

Die Obschtschina, d. h. das Gemeineigentum an Grund und Boden, diese schöne alterthümliche Einrichtung sollte ihrer Meinung nach der Eckstein des künftigen Gebäudes werden.

Dstrowski hatte sich der Partei der Narodnaja Wolja angeschlossen. Während des Kampfes hatte sie sich gebildet aus einer todesmuthigen, begeisterten Schaar, der die Jugend und die Intelligenz Rußlands angehörte. Sie waren von rein ethischen Ueberzeugungen getragen, sie kämpften für die Aufklärung, für die Gerechtigkeit; auch sie wollten Alles für das Volk, aber nicht durch das Volk zu Stande bringen, sie glaubten garnicht an die Mission der Bauernschaft, aber sie glaubten an ihre eigene.

Bewußt traten sie in einen politischen Kampf mit der Regierung. Sie wollten den Absolutismus stürzen, eine provisorische Regierung einsetzen und auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes eine Konstitution herbeiführen. Aber in einem despotischen Staate konnte ihre Thätigkeit

nur eine geheime sein und dem Terror der Regierung gegenüber wurden sie, um sich zu behaupten, zu derselben Kampfweise gezwungen, welche diese Heldenjünglinge in furchtbarer Weise zu bezimiren begann.

„Bonjour, mesdames“, sagte Dstrowski. Er sah sehr heiter aus und schwenkte seinen Hut, sich dabei verneigend.

Nevoln war von Einer zur Anderen gegangen, brückte Jeder schweigend aber sehr stark die Hand, ohne sie anzusehen, und blieb dann vor einem Stuhle stehen.

„Gehst es Ihnen noch immer nicht besser, Tania Michailowna?“ fragte Dstrowski, ihr die Hand reichend.

„Ich möchte Ihnen eine Segelpartie vorschlagen, das würde Sie restauriren — wir haben herrlichen Segelwind — ich führe Sie hinaus — ich bekomme den Rutter geborgt; — Sie wollen nicht? Das ist schade.“

„Ein anderes Mal, lieber Freund, bleiben Sie nur hier“, sagte Tania. „Lazar und Nina kommen und Georg Andrejewitsch, vielleicht auch Alschin und Pisanoff. Sehen Sie sich doch, auch Sie, Newolin.“

Nevoln murmelte etwas und ließ sich auf der äußersten Kante des Sessels nieder. Den Spazierstock und seinen weichen stark zerknüllten Hut zwischen den Beinen haltend, saß er da, mit vorgeneigten Kopf und gebogenem Rücken, als wollte er in der nächsten Minute wieder davonlaufen.

Dstrowski hatte Tania gegenüber Platz genommen. Er sprach rasch und lebendig und in dem schmalen Gesicht, das von rabenschwarzen Haaren und einem großen Vollbart umrahmt war, funkelteten die kleinen Augen gleich glühenden Kohlen.

Er erzählte ihr von der Thätigkeit des Exekutivkomitees und fingerte dabei nervös in den Taschen seines zerstranzten Röckchens herum, offenbar nach einem Gegenstand suchend, den er nicht finden konnte.

Er gelangte dabei in das Unterfutter seines Rockes und jetzt bligten seine Augen verheißend auf.

Mit einem Ruck hatte er ein Papier hervorgezogen und überreichte es ihr. Es war ein vom Exekutivkomitee verfaßtes Schriftstück, betitelt „Die Vorbereitungsarbeit der Partei.“

„Lesen Sie das, Sie werden sehen, wir betreten ganz neue Wege.“

Tania nahm es entgegen, las die Aufschrift und sah ihm ernst in die Augen:

„Was Sie hier lächelnd mir bieten, wird in Rußland mit dem Tode bestraft.“

Um seinen Mund suchte es höhnvoll, während er seine Augen zu einem Spalt zusammenraffte, hinter dem es blinzelte und bligte.

„Was thut das? Khorowski wurde gehängt, weil er ein Exemplar davon verschenkt hatte. Seitdem sind Tausende davon verbreitet und in allen Händen. Je schrankenloser der Despotismus wüthet, um so rascher werden wir ihn bestiegen — wir werden reinen Tisch machen.“

„Ihr seid Idealisten“, brummte Novelin.

„Wir? Wir kennen unsere Kräfte — die Intelligenz ist auf unserer Seite — die Idealisten seid Ihr, die Ihr auf die Bauernschaft zählt.“

Novelin fuhr schnell auf, setzte sich aber sofort wieder nieder.

Er klemmte den Stock zwischen die Beine, so daß seine plumphen Kniee schief gegeneinander standen, und murmelte einige Worte in sich hinein.

„Wollen Sie nicht gefälligst Hut und Stock bei Seite legen, Gregor Iwanowitsch?“ fragte Sofia, die ihn lächelnd betrachtete.

„Danke“, sagte er kurz, ohne seine Stellung zu verändern.

